

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295

Mittwoch, den 15. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 26

Zentrum für Bürgerblock...
Wenn die Demokraten mitmachen.

Die endlosen Verhandlungen über die Beendigung der Regierungskrise haben am Dienstag abend eine sensationelle Wendung erfahren...

Der Beschluß des Zentrums wurde gegen 10 Uhr abends gefaßt. Heute wird die Fraktion der Demokraten beraten...

Das Zentrum hatte bekanntlich gestern mittag folgenden Beschluß gefaßt:

Nachdem die Erweiterung der Koalition nach rechts und links leider gescheitert ist, ist die Zentrumsfraktion einmütig der Auffassung...

Um 2 Uhr nachmittags traten dann die Demokraten zusammen und beschloßen:

Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion ersucht den Reichskanzler, weitere aussichtslose Verhandlungen über eine Veränderung der Regierung nicht mehr zu führen...

Um 4 Uhr versammelte sich dann die Fraktion der Volkspartei. Sie kam um 8 1/4 Uhr mit folgender Erklärung heraus:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 14. Oktober von den Beschlüssen des Zentrums und der Deutschdemokratischen Partei Kenntnis genommen...

Die Koalition der Mitte ist infolge ihrer numerischen Schwäche von einer parlamentarischen Krise in die andere geraten. Ihre Fortführung bietet keine Gewähr für Vermeidung weiterer Krisen...

Wenn sich aus der derzeitigen parlamentarischen Situation eine neue Krise ergibt, die zur Auflösung des Reichstages führt, so trifft nicht die Deutsche Volkspartei die Schuld...

Mittlerweile war auch das Zentrum wieder zusammengetreten. Nach bewegter Debatte wurde gegen 10 Uhr abends mit starker Mehrheit folgender Beschluß gefaßt:

Nachdem die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung, die das Zentrum einmütig gewünscht hat, abgelehnt wurde, erklärt die Zentrumsfraktion ihre Bereitschaft, eine Erweiterung der Regierung nach rechts auf dem Boden der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien zuzustimmen...

Die heutige Sitzung der demokratischen Fraktion ist auf 3 Uhr nachmittags angesetzt. Zu gleicher Zeit wird auch das Zentrum tagen...

Die demokratische Fraktion zählte gestern noch 28 Mann, heute zählt sie nur noch 27. Herr Böhm, der Bauernbündler, hat seinen längst geplanten Übertritt zur Volkspartei...

ausüben zu können hoffte, einige seiner Getreuen, darunter der preußische Landtagsabgeordnete Westermann, sind seinem Beispiel gefolgt...

heute wird von den Siebenundzwanzig Weltgeschichte gemacht!

An der politischen Unfähigkeit und Schwäche des deutschen Bürgertums ist das kaiserliche Deutschland zugrunde gegangen. Willenlos trug dieses Bürgertum das reaktionäre Regiment...

Beschließen heute die Demokraten ihren Beitritt zum Bürgerblock, so wird die Republik, die staatsbürgerliche Freiheit, der soziale Fortschritt von diesem Tage an in der Sozialdemokratie die einzige Stätte haben...

Dann gibt es einen Regierungsblock, eben den Bürgerblock, und eine Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, die

um die Macht im Reich kämpfen und sie eines Tages durch den Mehrheitswillen des Volkes auch gewiß erreichen wird.

Siegreich wird dieser Kampf sein, er wird aber auch viel kosten. Nicht um ihrer selbst willen, um Deutschlands willen warnt die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien vor dem geschlossenen Abmarsch ins Lager der Reaktion...

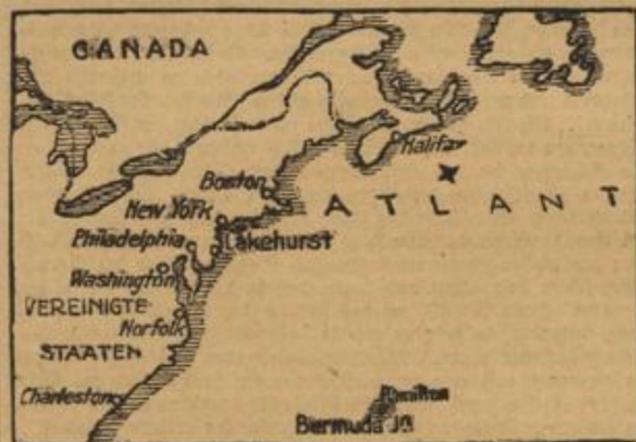
Es ist zuzugeben, daß für die demokratische Fraktion Mut dazu gehört, die Verantwortung für die Auflösung des Reichstages, die von ihren Kameraden in der 'Arbeitsgemeinschaft der Mitte' so freundschaftlich auf ihre Schultern gewälzt worden ist, auf sich zu nehmen.

Z. R. 3 über Amerika!

New York, 15. Oktober. Z. R. 3 hat um 1 Uhr vorm. mitteleuropäischer Zeit mit einer Fahrtgeschwindigkeit von 80 Meilen Sable Island gekreuzt.

80 Seemeilen bedeuten mehr als 148 Kilometer Geschwindigkeit!

Sable Island (Sandinsel) liegt 44° nördlicher Breite und 60° westlicher Länge 220 Kilometer südöstlich von der kanadischen Halbinsel Neuschottland entfernt.



Auf der Karte ist die Lage von Sable Island durch einen Stern (*) begründet.

Zum Vergleich seien folgende Angaben angeführt: New York befindet sich auf etwa 40° 30' Grad Nord und 74° West, Boston auf 42° 30' Grad Nord und 71° West...

WTB. meldet: In einem Funkpruch von neun Uhr abends mitteleuropäischer Zeit meldet New York: Das Luftschiff 'Z. R. 3' versucht im dichten Nebel zu peilen.

Kurz danach traf gegen 11 Uhr abends folgende amtliche Nachricht ein:

New York meldet 10 Uhr 25: Z. R. 3 9 Uhr 5 43 Nord, 50,30 West, 70 Meilen.

Dieses knappe Telegramm bedeutet: Um 10 Uhr 25 abends wird von New York folgende Meldung weitergegeben, die Z. R. 3 um 9 Uhr 5 abends gefunkt hat...

Die Leitung des Zeppelin hatte die Absicht, von den Azoren aus den bisherigen Südwestwestkurs beizubehalten und über die Bermuda-Inseln sich dem amerikanischen Festland zu nähern...

'Z. R. 126, 2 Uhr mitteleuropäische Zeit, Standort 45 West, 41 Nord, 25 Seemeilen die Stunde, starke südwestliche Winde.'

Die Seemeile zu 1,85 Kilometer gerechnet, hatte sich danach die Geschwindigkeit auf 46 Kilometer in der Stunde verringert. Ein Vergleich mit dem Standort von Dienstag vormittag um 9 Uhr (41,10 West, 38 Nord) läßt erkennen, daß der Kurs von Südwesten nach Nordwesten umgeschlagen ist...

'Z. R. 126, 5 Uhr mitteleuropäische Zeit, Standort 47,20 West, 42,30 Nord, 75 Seemeilen Geschwindigkeit.'

Danach nähert der Luftkreuzer die Südwestwinde auf seiner Weiterfahrt aus, so daß er die große Geschwindigkeit von nahezu 140 Stundenkilometer erreichte und dadurch den Zeitverlust infolge der Gegenwinde vermutlich wieder einholen wird.

Lakehurst, 2 Uhr morgens. (Durch Funkpruch.) Auf Grund der Lageberichte des Z. R. 3 teilt das Kommando des hiesigen Flughafens mit, daß das Luftschiff New York wahrscheinlich in den frühen Vormittagsstunden erreichen und vor seiner Landung die Städte New York, Baltimore und Washington überfliegen wird.

Parteien eine feste Ware, wie die Vorgänge der letzten 24 Stunden deutlich genug gezeigt haben.

Sagen die Demokraten heute tapfer Nein, so werden damit hoffentlich alle Winkelzüge endlich zu Ende sein, und die Krise wird durch eine Befragung des Volkes ihre reinliche Lösung finden. Stammen sie aber ein mutloses Ja, dann ist für die Sozialdemokratie eine klare Kampfstellung gewonnen. Man wird dann sehen, wohin der Bürgerblock Deutschland führen wird, man wird auch sehen, wie lange die auch dann noch knappe und innerlich morsche Bürgerblockmehrheit mit diesem Reichstag regieren kann.

Und jetzt gehört das Wort den Demokraten!

Bürgerblock als Totengräber.

Eine warnende Zentrumsstimme.

Auch im Zentrum rührt sich der Flügel der Befürworter, um die Reichstagsfraktion für den Bürgerblock reif zu machen. Die Verteidigung des Bestehenden ist auch ihm heiliger, als alles andere auf der Welt. Aus dem Geiste des ewig-Vorgefrigten heraus, vom Standpunkt der alten Eigentumsordnung hat sich in den letzten Tagen der Großgrundbesitzer Freiherr v. Loë, ein Führer des konservativen Zentrumsflügels in Westfalen, bemüht, in der „Germania“ selbst unter Ausfällen auf die Windthorst-Bünde dem Bürgerblock das Wort zu reden, der „christlich-nationalen Gemeinschaft“, die die alten Klassenunterschiede in der Republik verewigen soll.

Die Redaktion der „Germania“ hat den Artikel veröffentlicht, aber sofort hinzugefügt, daß er von falschen Voraussetzungen ausgehe und zu falschen Schlussfolgerungen gelange.

Die „Germania“ begnügt sich jedoch nicht mit dieser einschränkenden Vorbemerkung, sondern läßt eine grundsätzliche Abrechnung mit Loë folgen. In ihr sind so deutliche und unangenehme Wahrheiten enthalten, daß sie gerade angesichts der neuesten Haltung der Zentrumsfraktion besondere Bedeutung gewinnen. Die „Germania“ fragt: „Ist der Bürgerblock wirklich der Ausdruck oder die notwendige Voraussetzung einer christlichen Demokratie?“ Und gibt darauf alsbald die Antwort: „Der Bürgerblock stellt geradezu den Zusammenschluß der zum mindesten nach der wirtschaftlichen — aber auch nach der kulturellen und politischen — Seite hin liberalistisch eingestellte Bevölkerungsteile dar.“

Was das bedeutet, lehrt die „Germania“ weiter auseinander:

Allerdings standen die hervorragendsten wirtschaftlichen Ausbeuter der deutschen Demokratie in den Kreisen, die heute zum Bürgerblock drängen. Sie waren immer die schärfsten Gegner jeder Gesetzgebung, die ihrem radikalen, höchst unmoralischen und volksfeindlichen Wirtschaftsliberalismus die Fesseln anlegen wollte. Sie sind es heute noch. Das roheste Manchestertum ist ihnen ureigenste Lebensbasis. Sie haben zwar des öfteren zu verstehen gegeben, daß ihnen das demokratische Staatsystem nicht passe, daß es dem Wesen des deutschen Volkes widerspreche. Aber es mußte komisch zugehen, wenn sie wirklich für den Fall, daß sie an die Macht kämen, sich daran gäben, es organisch (!) auszubauen. Sie werden einen „Ausbau“ höchstens in der Form vornehmen, daß sie ihre liberalistischen Wirtschaftsaspirationen noch leichter verwirklichen können, und wenn sie heute mitunter nach der Monarchie verlangen, so hält sich auch dieser Wunsch durchaus in formalen Grenzen. Man macht den Posten des Reichspräsidenten erblich und besetzt ihn mit dem Angehörigen irgendeiner Dynastie, über die man sich bis jetzt allerdings noch nicht einig geworden ist. Die Grundbedingungen für die Wiedererrichtung des alten Klassen- und Klassenstandes werden aber damit genügend wiedergewonnen.

Die Aufrichtung des Bürgerblocks ist . . . die Auslieferung der Staatsmacht und der deutschen Demokratie an den liberalistischen Wirtschaftsgeist. Und wenn jener auch, gewißigt durch die Bismarckschen Erfahrungen, keinen offenen Kulturkampf mehr machen, wenn er sich sogar geflissentlich „christlich“ und „katholikenfreundlich“ nennen wird, wenn er in gleicher

durchsichtigen Absicht die politischen Gegner als „marxistisch“ oder „marxistisch verkehrt“ verlästern wird, so ändert das doch nichts daran, daß in einem Bürgerblock der christliche Staatsgedanke praktisch zu Grunde getragen wird. . . . Deutsche organische Demokratie und Liberalismus sind Gegensätze, aber dieser Gegensatz bedarf sich voll und ganz mit dem zwischen organischer Demokratie und Bürgerblock. . . .

Das gegenwärtige parteilastige Vorgehen der Deutschen Volkspartei im Verein mit den Deutschnationalen ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Vorstoß liberalistischer Weltanschauung in dem von den Katholiken wieder emporgesführten Deutschland. Es ist ein Versuch, den deutschen Katholizismus um die Früchte seiner Arbeit zu bringen, ein Versuch, die Herrschaft des Liberalismus auf dem neugegründeten staatlichen Boden neu aufzurichten. Der Versuch darf nicht scheitern. Das Zentrum darf die Hand nicht dazu bieten. Es muß nötigenfalls Neuwahlen fordern, wenn es damit auch nicht mehr erreichen sollte, als daß das Kräfteverhältnis des Liberalismus im Verhältnis zum Zentrum geschwächt wird.

Diese Haltung des führenden Zentrumsblattes ist klar und durchsichtig. „Liberalistische Weltanschauung“ ist für jeden Zentrumsmann jene Anschauung, die sich in dem Herrn-im-Hause-Standpunkt der Schwerindustrie unter dem Segen Wilhelmstrassens kristallisiert. Sie wirkt sich besonders aus gegen die Arbeiter — christliche und andere — in sozialer Beziehung und im Kulturkampf ödester Art in kirchlich-religiöser Hinsicht.

Man begreift deshalb, wenn die „Germania“ ihre warnende Stimme kurz vor 12 Uhr erhebt und dem Zentrum ins Gewissen redet: „Wenn wir jetzt der wirtschaftlich überlegenen Rechten uns verbinden, liefern wir die Macht aus und verlieren damit den Anspruch, als Partei der Mitte zu gelten.“

Der Fall Böhme.

Die Ratten verlassen das Schiff.

Die demokratische Reichstagsfraktion teilt mit:

Der Abgeordnete Dr. Böhme ist aus der Deutschen Demokratischen Partei und damit aus der demokratischen Reichstagsfraktion ausgeschieden. Nach den öffentlichen Angriffen Böhmes gegen die demokratische Presse und die Parteileitung war dieser Schritt keine Ueberraschung mehr. Er bringt vielmehr nur eine Klärung. Die bauerlichen Interessen werden selbstverständlich von der demokratischen Fraktion nach wie vor tatkräftig vertreten, um so mehr, als der Vorsitzende des Bauernbundes, der Abgeordnete Wachhorst de Wente, Mitglied der Demokratischen Partei bleibt.

Zugleich mit Herrn Böhme haben die Bauernbundesführer, preussischer Landtagsabgeordneter Westermann, das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Schmidhals und Hartkopf-Ostpreußen ihren Austritt aus der demokratischen Partei erklärt und sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

Die dressierten Deutschnationalen.

Vorführung durch die Volkspartei.

Der Schacher um den Bürgerblock, der jetzt vor der Entscheidung steht, hat viele dunkle Hintergründe. Den dunkelsten bilden die Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und den Volksparteilern. Noch heute weiß man nicht, was eigentlich die parlamentarische Geheimdiplomatie dieser einander würdigen Verhandler am 29. August ausgemacht hat. Der bekannte Brief von Japp und Curtius gibt davon nur ein ganz unzureichendes Bild.

Seitdem sind die Verhandlungen eifrig fortgeführt worden. Ihre Ergebnisse blieben aber noch immer im Zweifelsich. Jetzt behauptet die Volkspartei in ihrer allerneuesten Erklärung, die Deutschnationalen seien bereit, Marx und Stresemann in ihren Ämtern zu belassen, die Richtlinien der Regierung vorbehaltlos zu akzeptieren und die Außenpolitik im bisherigen Sinn weiterzuführen.

Ob Herr Marx wirklich von den Deutschnationalen paradiert werden wird, ist uns nach den Angriffen, die die deutschnationalen Presse gerade in den letzten Tagen gegen ihn richtete, überaus zweifelhaft. Noch zweifelhafter, ob sich Herr Marx selber zum Bürgerblockkanzler berufen fühlt. Bei der Rechten würde er kaum Vertrauen gewinnen, auf der Linken würde er es vollkommen verlieren.

Ganz besonders merkwürdig aber mutet die Stelle der volksparteilichen Erklärung an, in der gesagt wird, die Deutschnationalen seien zur Fortführung der Außenpolitik im bisherigen Sinne bereit. Wir wissen nicht, ob die Volkspartei von den Deutschnationalen legitimiert ist, für sie eine solche Erklärung abzugeben, desto bestimmter wissen wir, daß die gesamte deutschnationalen Presse bis zum heutigen Tag das genaue Gegenteil von dem verkündet hat, was die Volkspartei behauptet, sie hat die Zustimmung, die bisherige Außenpolitik fortzuführen zu helfen, mit Hohn und Entrüstung abgelehnt.

Es ist also notwendig, die Frage zu klären, wer für die Deutschnationalen zu sprechen berufen ist: die deutschnationalen Presse oder die Volkspartei, und wer hier betrogen werden soll, die deutschnationalen Anhänger, der man sagt, nun müsse alles ganz anders kommen, oder die bürgerlichen Mittelparteien, denen man sagt, es bleibe alles wie zuvor.

Die Volkspartei führt die Deutschnationalen Partei als dressierten Bären vor mit dem Ring durch die Nase. Man weiß aber nicht, ob der Ring hält und ob die ganze Szene echt ist.

Christliche gegen Bürgerblock.

Ablehnung der Rechtsorientierung.

Die Kölner Jubiläumssagung der Christlichen Gewerkschaften hat zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Stegerwald auf der einen Seite, Imbusch, Giesberts, Joos, Steger und Fahrenbach auf der anderen Seite geführt. Nur der alte Wieber, Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes, unterstützte durch eine mehr platonische Erklärung seinen alten Freund Stegerwald. Dieser selbst sah sich in seinem Schlusswort genötigt, den Rückzug anzutreten. Das hat ihn freilich nicht gehindert, mit der ihm eigenen fanatischen Hartnäckigkeit sein Ziel weiter zu verfolgen, d. h. die christlichen Gewerkschaften vor den Wagen des Bürgerblocks zu spannen.

In der Auseinandersetzung fiel manch bitteres Wort gegen die Unternehmer und deren kassentäpferische Politik. Stegerwald will den tragischen Konflikt nicht sehen, in den die christlichen Gewerkschaften durch die Unternehmer hineingetrieben worden sind. Das Ziel der christlichen Gewerkschaften bei ihrer Gründung war die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften und die Herstellung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Unternehmer haben sich den christlichen Gewerkschaften bei der Verfolgung des Zieles in den Weg gestellt. Durch diese Unternehmerpolitik sind die christlichen Gewerkschaften, so sehr sie sich auch sträubten, in wachsendem Maße gezwungen worden, Arbeiterpolitik zu treiben.

In ihren Entstehungen bemühen sich die christlichen Gewerkschaften, die alten Formen zu wiederholen, den Klassenkampf abzulehnen und für die christliche Weltanschauung einzutreten. Die materialistische Einstellung der Unternehmer befindet sich jedoch in offener Feindschaft zu dieser christlichen Weltanschauung. Diese Einstellung der Unternehmer ist es, die die christlichen Gewerkschaften zwingt, auch ihrerseits den Klassenstandpunkt der Arbeiter zu vertreten. An dieser Tatsache wird jeder Bürgerblock schließlich scheitern und die christlichen Gewerkschaften werden gezwungen, Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften zu kämpfen.

Die Kölner Tagung endete mit einem unausgesprochenen Kompromiß. Dieser Kompromiß besteht in einer betonten parteipolitischen Neutralität. Man will die gewerkschaft-

Friedrich Nietzsche.

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld.

Friedrich Nietzsche, der Pastorsohn, wäre heute 80 Jahre alt geworden, wenn er noch lebte. Geboren am 15. Oktober 1844 zu Röden bei Witten, besuchte er die berühmte Schule Pforta, studierte unter Ritschl in Bonn und Leipzig klassische Philologie und wurde bereits mit 25 Jahren Universitätsprofessor in Basel. Über eine Erkrankung zwang ihn, 1879 die Stelle aufzugeben. Er lebte nun in freier schriftstellerischer Tätigkeit an verschiedenen Orten, in Sals Maria im Ober-Engadin und in St. Moritz. Das Ende seines Lebens ist umhüllt von dem Schatten einer unheilbaren Geisteskrankheit. Er stirbt 1900, an der Jahrhundertwende.

Nietzsche stirbt an der Jahrhundertwende, an der Wende des Säkulums, das sein Jahrhundert zum großen Teil ist. Denn wie stark auch sein Gegensatz zu seiner Zeit gewesen sein mag, wie sehr er auch Wagner und den Bildungsphilister seiner Zeit bekämpfte, Nietzsche ist doch auch ein Kind des 19. Jahrhunderts. Er ist es als Arbeiter der Natur nicht nur, sondern auch des Naturalismus, er ist es als Beschäfer der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, als Gegner Kants, Schillers, als Gegner von Sokrates. Er ist es als Bekämpfer feststehender moralischer Gesetze, als Feind des Begriffs der objektiven Wahrheit, als Verehrer der Macht und der Schönheit des Lebens.

Zweifellos werden wir immer mehr dazu gelangen, Nietzsche nicht als echter Revolutionär zu fassen. Denn der echte Revolutionär vertritt die Forderung der Vernunft. Er sieht das unmoralische Leben und will es vernünftig machen. Nietzsche jedoch, ein Feind der philosophischen, der kantischen Vernunft, will die Menschen von dem „Götterdienst der Vernunft“ gerade befreien. Er will nicht, daß sich Menschen a priori gesunde Gesetze zum Leitstern ihrer Handlungen machen. Er will nicht Vernunft, sondern Stärke, Schönheit des Lebens. Er will den Uebermenschen züchten, der die gesunden, von der Vernunft nicht angekränkelten Instinkte besitzt. Er will den Nachmenschen. Und er verachtet das Mittel und die christliche Nächstenliebe, die sich des Schwachen und Hilfsbedürftigen annimmt.

Denn für Nietzsche, und auch hier bricht Darwinsches 19. Jahrhundert durch, sind die großen Exemplare der Menschheit, das einzig Lebenswerte, mag auch ihre Existenz erkauft sein mit dem Untergang vieler Schwacher. Die Moralisten, die immer predigen, du sollst Nächsten nehmen, du sollst ein Gesetz über dir und dem Nächsten stellen lassen, das beider Interessensphären einschränkt, sind nur die Inszenierer des großen Silenusaufstandes; sie vertreten heuchlerisch die Interessen der Verkümmerten, um die Starken in ihrem Siegeszuge zu hemmen. Das moralische Gesetz liegt nach Nietzsche aber nicht außerhalb der Persönlichkeit, sondern in ihr, das heißt, in der starken Persönlichkeit.

Ersichtlich führt diese Philosophie, für die noch nie in der Weltgeschichte so glühend bewirbt, so bezaubernde Löhne gefunden worden sind, wie bei Nietzsche, zur Verachtung des Rechtes der Masse, zur Verachtung des sozialen Mittelstands, zum Kampfe gegen den Sozialismus. Derselbe Feindschaft, die Nietzsche gegen die kritische Philosophie empfand, mußte Nietzsche natürlich auch gegen die Anwendung der Vernunft und Gerechtigkeit auf das soziale Leben hegen. Mehring nannte Nietzsche den Philosophen des Kapitalismus. Aus seiner Philosophie läßt sich zweifellos der Kapitalismus rechtfertigen. Doch muß man bedenken, daß Nietzsche auch andere Löhne innerhalb seiner vielsinnigen Gedankenwelt angeschlagen hat. Er bekämpft die Konventionen als die Hinzulügner von Scheingründen zu ungerecht Bestehendem und nennt den Staat einmal das „fälschteste aller kranken Uebergeheuer“. Nietzsche ist noch in seinem philosophischen System zu sehr Dichter, um lediglich auf Konsequenz des Systems hin zu arbeiten. Die Schönheit, die den Stil seiner eigenen Werke erhöht, machte Nietzsche zum Prinzip der Lehre, die er verkündet. Die Schwachen und Verkümmerten stören das schöne Bild des Daseins. Darum fort mit ihnen! Wenn der Starke will, dann kann er auch altruistisch sein; den bloßen Egoismus haßte auch Nietzsche. Aber der Grundfehler seiner Lehre liegt doch darin, daß er das Mittel als solches verachtet. Denn überall, wo das Mittel die Gerechtigkeitsempfindung entzündet, da geht es vernünftigerweise den Bedürfnissen des Schönheitsinstinctes voran. Die Gerechtigkeit aber ist eine Forderung der Vernunft, und eine Vernunft, deren Gesetze oberhalb der Persönlichkeit selber liegen, wollte Nietzsche nicht anerkennen. So schließt sich der Kreis. Nietzsche war ein Bekämpfer der „reinen Vernunft“, weil er ein Gegner der sozialen Gerechtigkeit war, und er war Gegner dieser Gerechtigkeit, weil er gegen die Kantische, ja schon gegen die Sokratesche Vernunft war. Und so ist dieser große revolutionäre Denker ein Wegbereiter der Reaktion geworden. Denn reaktionär ist jedes Streben, das den geistigen Aufstieg der Massen wie den Siegeszug der Vernunft auf der Welt hemmt.

Der neue Jar.

(Frei nach Christian Morgenstern.)

Bernehmen: ein neuer Jar erstand.
Es ist ein Jar, sonst nichts.
Er hat nicht Thron, er hat nicht Band.
Es ist ein Jar, sonst nichts.

Es ward das alte Jarenhaus
zerstossen und um.
Doch der Kyllik kam heil heraus.
Doch hat er wieder Rumm:

Hat sich mit eigener Hand gekrönt,
Nun ein Jar, sonst nichts. —
Ob Kyllik auch in Wehen stöhnt,
Es laßt doch solchen Wichts!

D. Roßler.

Konzerte. Väter der Hegar-Chor mit seinem Chorleiter J. G. Rohrbach zu einem Konzert in die Hochschule für Musik, so ist eine gewisse künstlerische Höhe der Veranstaltung von vornherein garantiert, gesichert einmal durch die Beschaffenheit der Vereinigung, die in allen Stimmen ein vorzügliches und wohlgeglichenes Material besitzt, verbürgt auch durch die musikalischen Qualitäten seines Führers, der freilich mit Vorliebe aus der Fülle der Mittel schöpft. Im Mittelpunkt des Abends stand Hegars grandioser „Rudolf von Werbenberg“. Größere Werke von Stabbe, B. Sturm und Hugo Raum hinterließen starke Eindrücke. Der Chor pflegt aber neben der Komposition großen Formals auch das Volkslied und — an diesem Abend — das volkstümliche Lied. Kade, Ohegraven und Wohlgemuth kamen zu Worte. Alfred Lichtentzen entzückte wieder mit seiner Kunst. Er spielte tonlosden Motives D-Moll-Konzert und kleinere Stücke. Sein ganzes Wesen, seine Auffassung verraten romantische Neigung. J. G. Rohrbach begleitete gewandt und anscheinend. Der ganze Abend war ein schönes und nachhallendes Erlebnis.

Die Sonntagmorgensmitage mit ihrem wunderschönen Herbstweiser sind recht konzertant. So wies auch der hochschulaal beim Konzert des Männerchors „Heiderölein“ (B. A. Joseph) empfindliche Läden auf. Der Verein hatte ein volkstümliches Programm gewählt. Er sang meist bekannte Weisen neueren Datums. Das recht schmarrnhafte „Lombardische Ständchen“ von Kappel hätte man gern gemißt. B. A. Joseph hat einen Hang zu übermäßig nilanciertem Vortrag, der diesen schlichten Weisen schlicht ansteht. In bezug auf Atmung und Phrasierung, auf sorgfältige Abgleichendheit mögen Begeisterung und Hingebung an die Sache noch manches Bessere schaffen. Der Dirigent spielte einige Solofäden und mit Reinhold Joseph zusammen Adolf Jensen „Hochzeitmusik“, die in ihrem rührenden Romanizierum, ihren monarchiel Wagnerismen und ihrem plastisch schönen Raumempfinden immer wieder neu erheit. Die Zuhörerschaft entlockte Chor und Solisten einige Zugaben.

Die Ausstellung des Reichsarchivs zu Potsdam zur deutschen Geschichte seit 1848 wurde in den Räumen des Potsdamer Zoologischen eröffnet. Zu dem Festtage waren der Reichspräsident, Reichswehrminister Dr. Gehler und Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Schulz, Mitglieder des Reichsrats, des Lehrkörpers der Universität, der Technischen Hochschule u. a. erschienen. Der Präsident des Archivs, General a. D. von Werth, wies auf die Kulturaufgabe des Instituts hin. Der Direktor der Archivabteilung Dr. Rüfede sprach über die Aufgaben und Ziele des Reichsarchivs. Er legte die beiden Kulturaufgaben dar, die es zu lösen habe, einmal in sich die geschichtliche Konzentration des Staatsgedankens darzustellen und für sie zu arbeiten, dann in dem zu sammelnden Quellenmaterial das gesamte Volk als den Träger des Staatsgedankens in Erscheinung treten zu lassen. Diese beiden Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die Reichsarchivabteilung ihrerseits die archivierten Bestände an das Reichsarchiv abliefern und wenn alle Kreise des deutschen Volkes dem Reichsarchiv die in ihren Händen befindlichen handschriftlichen, für die Geschichte des Volkes und des Staates wertvollen Schätze anvertrauen. — Im Anschluß an diese Ausführungen fand die erste Befichtigung der Ausstellung statt. Sie ist im Zoologischen in Potsdam, Waisen-

lichen Aufgaben in den Vordergrund stellen. Dieses Kom-
promiß enthält aber zugleich die Ablehnung der von Steger-
wald gewünschten politischen Rechtsorientierung. So
heißt es in den Grundrissen und Zielen, die auf der Kölner Tagung
angenommen wurden:

„Die erstrebte Gleichberechtigung und Gleich-
wertung des Arbeiterstandes in Staat, Gesellschaft,
Wirtschaft und Kultur ist noch nicht erreicht, sie muß noch
erarbeitet werden. . . Die christlichen Gewerkschaften bleiben nach
wie vor parteipolitisch neutrale Organisationen, die den christlichen,
sozialen und nationalen Staat bejahen, und in diesem Sinne die
Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber dem Staat in der Öffentlich-
keit zur Geltung bringen.“

In diesem Sinne wurden eine Reihe von Entschlüssen
gefaßt, und zwar in der Frage der Erwerbslofenfürsorge, der Ar-
beitszeit, wobei die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens
gefordert wurde, der Lohnfrage, der Arbeitsgerichtsbarkeit und der
gleichberechtigten Wirtschaftsvorteile der Arbeiterschaft im Sinne
des Art. 163 der Reichsverfassung. In der Frage der Arbeitszeit
gab der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Erklärung ab,
in der er die baldige Ratifizierung des Abkom-
mens von Washington und die Rückkehr zum Acht-
stundentag ankündigte.

Inzwischen ist es Herrn Stegerwald, der die Tagung vor-
zeitig verließ, um nach Berlin zurückzukehren, gelungen, seinem
Standpunkt in der Zentrumsfraktion des Reichstags zum Siege
zu verhelfen. Wie der kommende Bürgerblock das Versprechen des
Reichsarbeitsministers einlösen wird, darüber kann es einen Zweifel
nicht geben. Im übrigen kann man abwarten, wie sich die christ-
lichen Gewerkschaften stellen werden zu der Resolution, die Steger-
wald gegen sie in Berlin genommen hat.

Der Konflikt im Rechtsausschuß.

Katz tagt mit den Kommunisten und Sozialdemokraten.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Reichstags Abg. Iwan
Katz (Komm.) hatte zu gestern nachmittag eine Sitzung des Rechts-
ausschusses abgehalten, trotzdem in der letzten Sitzung des Aus-
schusses die Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspar-
tei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums
und der Wirtschaftsoereinigung erklärt hatten, daß sie unter diesen
Umständen keine Sitzungen mehr abhalten wollen. Der Vertreter
der Nat.-Soz. Freiheitspartei im Ausschusse hatte das Protokoll
nicht mit unterzeichnet, aber vorgestern mit den übrigen protestierenden
bürgerlichen Parteirepräsentanten den Ausschuss verlassen. Zur
gestrigen Sitzung waren lediglich die Kommunisten und die
Sozialdemokraten vollständig anwesend. Von den übrigen
Parteien war nur der Abg. Fahrenhorst (Nat.-Soz.) erschienen,
der sofort nach Eröffnung der Sitzung die Beschlussfähigkeit des
Ausschusses angezweifelt. Abg. Sänger (Soz.) erklärte darauf an
Haupt der Geschäftsordnung des Reichstags, daß man zwischen Ge-
schäftsfähigkeit und Verhandlungsfähigkeit unterscheiden müsse. Der
§ 29 der Geschäftsordnung spreche nur davon, daß die Ausschüsse
geschäftsfähig sind, sobald die Mehrheit der Mitglieder anwesend
ist. Von der Verhandlungsfähigkeit eines Ausschusses
spreche die Geschäftsordnung nicht, woraus zu schließen sei, daß die
Verhandlungsfähigkeit nicht angezweifelt werden könne. Der Aus-
schuß trat auch in die sachliche Verhandlung ein. Es folgte
eine Aussprache über den Stand der Verhandlungen des vom Aus-
schuß beschlossenen Gesetzes über Wiederaufnahme des Verfahrens
bei den Urteilen der bayerischen Volksgenossen. Ein Beschluß wurde
nicht gefaßt. Der Ausschuss nahm dann einen Antrag auf Aufhebung
der Verordnung über die Rechte der Presse an. Vom Abg. Dr.
Nierfeld (Komm.) wurde festgestellt, daß von den Anwesenden
niemand die Geschäftsfähigkeit angezweifelt habe und insofern
der Beschluß durchaus rechtswirksam sei. Der Vorsitzende
Abg. Katz (Komm.) beräumte alsdann für heute (Mittwoch) nach-
mittags 4 Uhr eine neue Sitzung des Rechtsausschusses an.

In der ostpreussischen polnischen sozialdemokratischen Partei
ist eine Spaltung eingetreten. Die Abgg. Wikula
und Woyts sind aus der Partei ausgeschlossen worden. Sie
werden voraussichtlich ihre Kreismandate niederlegen müssen,
da sie ein Schriftstück unterzeichnet haben, demzufolge sie ihre Man-
date nur solange ausüben dürfen, als sie Mitglieder der polnischen
Sozialdemokratie sind.

straße 19—23, öffentlich zugänglich am Mittwoch, Donnerstag, Frei-
tag und Sonnabend (15.—18. Oktober), nachm. 3—5 Uhr, außerdem
Mittwoch und Sonnabend, vorm. von 10—1 Uhr und auch Son-
ntag, den 19., von 10—2 Uhr. Alle wissenschaftlichen Vorträge der
Archivabteilung sind in diesen Stunden wegen, um die nötigen Er-
läuterungen zu geben und etwaige Fragen zu beantworten.

Ein Notzettel Edermanns. Schon aus dem Briefwechsel Eder-
manns mit dem Erbprinzen Karl Alexander hatte man erfahren,
daß der treue Sekretär Goethes, dessen Dasein man sich immer als
ein behagliches Wohl vorzustellen gewohnt war, in seinen letzten
Jahren mit bitterster äußerer Not zu kämpfen hatte. In der letzten
Nummer der Zeitschrift „Wimmi“ veröffentlicht nun J. Petersen
zwei Briefe, die ein wahrhaft erschütterndes Zeugnis von den Ent-
behrungen und Demütigungen ablegen, denen Edermann ausgesetzt
war. Die Briefe sind an den Hofrat Warthol gerichtet, einen
Schotten, der die Prinzessin Sophie nach Weimar begleitet hatte,
wo er Sekretär der Erbgräfin wurde. Der erste stammt
wahrscheinlich aus dem Winter 1832/33. „Geliebter Freund,“ schreibt
Edermann, „ich bitte um Ihren Rath. Ich bin wieder in der er-
bärmlichsten Noth, indem ich am letzten Thaler zehre. Zudem drücken
mich verschuldete Rechnungen, die auf Bezahlung warten. Was
soll ich anfangen? Das Unglück ist, daß der Erbgräfin mich
vorigen ganzen Sommer ohne alle Hilfe gelassen, welches nun nach-
wirkelt. Ich bin dieses Leben ganz überdrüssig. . . Dem Prinzen
will ich nichts sagen, denn mich ärgern die unnützen Worte. Viel-
leicht erlaube die Erbgräfin, daß Sie mir 50 Thaler auf
ein halbes Jahr aus ihrer Kasse vorstrecken. Ich schreibe diese
Zeilen in vollkommener Ueberdruß und Verzweiflung. Dabei soll
ich diesen Abend bei der Erbgräfin zum Thee, und ein heiteres
Gesicht machen. Denken Sie nach, wie Sie mir rathen und helfen.
Ihr getreuer Edermann.“ — Der zweite Brief ist vom 21. Juli 1853
datirt; Edermann schreibt darin: „Vorigen Winter war ich in Ge-
fahr mich zu verbluten, wenn Ihre treue Sorgfalt mich nicht
gerettet hätte, und jetzt komme ich in Gefahr zu verhungern, wenn Sie
nicht abermals mein schließendes Engel sein wollen. So lange ich
aus literarischem Gewinn zu rechnen hatte, konnte ich nothdürftig
auskommen, indem der Schriftsteller der Bibliothekar und Prinzen-
lehrer allerwärts zu nähren im Stande war; jetzt aber, wo mir seit
Jahr und Tag alle anderweitigen Hülfswellen versiegt sind, komme
ich aus der Noth und dem Sommer nicht heraus. Meine ganze
Boorschaft beläuft sich auf etwas über 4 Thaler und habe vor dem
1. Oktober von h. Schridel nichts Weiteres zu erwarten. Denken
Sie sich meine Lage! Ich möchte doch wissen, was die Engländer
sagen würden, wenn es über kurz oder lang in den Zeitungen
hiese: der Freund Goethes und Lehrer des Großherzogs sei in dem
berühmten Am-Allen verkommen und verhungert. Ich befinde
mich lächerlich, heutiger Freund, und muß wegen ziemlicher Kopf-
schmerzen aufhören.“ Dieser Notzettel blieb anscheinend nicht ohne
Wirkung. Edermann konnte in den folgenden Monaten einen Er-
holungskurs auf der See nehmen; aber sein Leben war nur
noch kurz bemessen, er starb am 3. Dezember 1854.

Die Besetzung von Anatole France. Die Leiche von Anatole France
ist einbalsamirt worden. Sein Sarg wurde entnommen und ein Abdruck
des Gesichtes hergestellt. Die Beisetzung erfolgt am Freitag morgen in Tours.

Ein Jahr Rentenmark.

Die Helfferich-Legende.

Am 15. Oktober v. J. wurde die Verordnung der Reichs-
regierung über die Schaffung der Rentenmark erlassen.
Die Geldzeichen sind erst einige Wochen später in den Verkehr
gelangt. Die Schaffung der Rentenmark bedeutete den Ab-
schluß der furchtbaren Inflationsperiode, die den
Mittelstand enteignet, über die Arbeiterschaft Noth, Hunger
und Arbeitslosigkeit gebracht hat und die die konsequente Fort-
führung der Helfferichschen Finanzpolitik im Kriege ge-
wesen war.

Natürlich lassen sich die Rechtsradikalen die wunderbare
Gelegenheit nicht entgehen, um ihr „Verdienst“ und das ihres
verstorbenen Führers Helfferich um die Rentenmark zu
preisen. Dieselben Leute, die den Krieg durch ihren Mangel an
Opferbereitschaft zum Verlieren gebracht haben, dieselben
Leute, die sich an der Inflation so maßlos bereicherten,
spielen sich jetzt als Volksretter und Volksbeglückter auf.

Was ist die Wahrheit?
Helfferich hat seinerzeit den Entwurf einer Roggen-
mark zur Diskussion gestellt und durch seine dienstfertigen
Freunde in den Ämtern vertreten lassen. Die Roggenmark
hätte die deutsche Währung vom Getreidepreis abhängig
gemacht, hätte sie also der Willkür der landwirtschaftlichen
Erzeuger und der Spekulanten am Produktmarkt ausge-
liefert. Das war ihr grundlegender Fehler. Die Idee der
Belastung des Sachwertes, auf der die Roggen-
mark nach Helfferichs Meinung sich aufbauen sollte, war
alles andere als originell. Die Belastung der Sachwerte hat
die Sozialdemokratie schon mehrere Jahre vorher ge-
fordert, um durch eine vernünftige Erfüllungspolitik und durch
die Sanierung der Staatsfinanzen das Unheil der Ruhr-
belegung abzuwehren. Deutschnationale Hahndeure waren
es, die damals zu den entschiedensten Bekämpfern einer solchen
Finanzpolitik gehörten und den Kampf um die Ruhr freventlich
heraufbeschworen. Wie wenig der Teil des Rentenmark-
planes, der die hypothekarische Belastung der Landwirtschaft
und Industrie betrifft, geistiges Eigentum Helfferichs war, geht
u. a. daraus hervor, daß etwa zur gleichen Zeit eine ganze
Reihe von Projekten ähnlicher Art auftauchte, unter
denen das des industriellen Minour besondere Beachtung fand.

Helfferich hat sich überdies geweigert, seine Vater-
schaft an der Rentenmark anzuerkennen, als diese auf die
Goldbasis gestellt wurde. Erst später, nachdem ihr Erfolg
trotzdem offensichtlich wurde, ließ sein Gedächtnis und das
seiner Freunde nach und mit demselben Augenblick entstand
die Rentenmark-Legende.

Genosse Hilferding war es, der der Uebergangs-
währung die brauchbare Form gegeben hat und der zugleich
mit der Sanierung des Staatshaushalts die Schaffung des
wertbeständigen Geldzeichens in seiner jetzigen Form durch-
geführt hat.

Daß später das „Rentenmarkwunder“ eintrat, daß die
Mark tatsächlich stabil blieb, war keineswegs eine Folge
der besonderen Eigenart der Rentenmark. Dedung
für die Rentenmark sind bekanntlich die Rentenbriefe, fest-
verzinsliche Anleihepapiere. Man kann die Leute in Deutsch-
land zählen, die diese Dedung jemals zu Gesicht bekommen
haben. Man hat sich eben um sie nicht gekümmert. Insofern
unterschied sich die Rentenmark überhaupt
nicht von der Papiermark. Daß sie stabil blieb, war
nicht eine Folge ihrer Dedung durch Hypotheken, das war
vielmehr der Erfolg der überaus geschickten Geldpolitik des
jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und es war weiter
eine Folge der Tatsache, daß der Reichshaushalt mit ihrer
Einführung saniert, die Aufnahme schwebender Schulden
unterbunden wurde. Den gleichen Erfolg hätte man, wie ge-
sagt, mit der Papiermark erreichen können. Verhindert wurde
das damals durch das jammervolle Vergehen der Reichsbank
unter der Führung Havensteins und durch die Weigerung
des Reiches, die notwendigen Steuern aufzubringen. Die
Reichsbank hat mit dem Amtsantritt Schachts, der Besitz erst
mit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft umgeleert.
Aber noch jetzt ist es zum allergeringsten Teil die Schuld der
Großverdiener, wenn die Währung gehalten wird. Der
größte Teil der Reichsfinanzen und der Verpflichtungen
aus dem Dawes-Abkommen wird durch die
Steuerkraft der arbeitenden Massen aufgebracht.
Darin hat sich bis jetzt wenig geändert.

In diesen Tagen treten die Gesetze über die neue Gold-
währung in Kraft. Mit ihr hört die Zettelwirtschaft end-
gültig auf. Sache der Arbeiterschaft aber wird es sein, jetzt
um die gleichmäßige Verteilung der Lasten zu kämpfen und
dem Schwindel entgegenzutreten, der jetzt über die Ent-
stehung der Rentenmark planmäßig verbreitet wird.

Echternacher Springprozeß.

Die endlose Tagung des Aufwertungsausschusses.

Der Unterausschuß des Aufwertungsaus-
schusses, der in seiner Dienstsitzung mit der sachlichen Aus-
beratung der ihm vorgelegten Fragen zum Abschluß zu kommen
gedachte, griff zum foundso vielten Male auf allgemeine Erörte-
rungen zurück, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Zunächst be-
kannnte der Demokrat Dernburg, daß ihm die von ihm selbst
beantragte und vom Ausschuss beabsichtigte Zurückdatierung
der Aufwertungsanforderungen auf den 1. Juli 1922 nachträglich die
größten Sorgen bereite. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Kon-
sequenzen einer solchen Rückwirkung seien unabsehbar. Staatssek-
retär Joel vom Reichsjustizministerium trat diesen Bedenken bei
und verweise besonders auf die Lage, in die der Gläubiger gerate,
wenn das von ihm hypothekarisch besetzte Grundstück nach Rück-
zahlung und Befreiung der Hypothek den Besitzer gewechselt hat. Die
Abgeordneten Emminger (Bayer. Bp.) und Wunderlich
(D. Bp.) bestritten die Berechtigung der Bedenken nicht, hielten
aber doch am 1. Juli 1922 fest.

In seiner ganzen Breite wurde sodann das Aufwertungsthema
wieder aufgerollt durch den nach längerer Abwesenheit im Ausschuss
wieder erschienenen Finanzminister Dr. Luther. Er hielt es für
unmöglich, den Gedanken der Rückwirkung mit den allgemeinen
Gedankengängen, von denen sich die Aufwertungsstreunde leiten
lassen, zu vereinbaren. Wo ein Recht erloschen sei, gebe es nichts
mehr aufzuwerten. Der Minister rief dem Ausschuss, seinen Beschluß
zu fassen, ohne die Erklärung der Regierung vor sich zu haben, die
er nach der Stellungnahme des Kabinetts zu einer von ihm ein-
gebrachten Vorlage hoffe vorlegen zu können. Ueber den In-
halt dieser Vorlage machte der Minister keine näheren Mittheilungen,
es ist aber anzunehmen, daß in ihrem Mittelpunkt der kürzlich be-
kanntgegebene Plan der Gewährung einer Rente an bedürf-
tige Selbstzeugner von Kriegsanleihe stehe. Die
Aufwertungsfrage lasse sich, erklärte Dr. Luther weiter, auch nicht
unabhängig von der großen Steuerfrage, besonders vom
Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

regeln. Oberster Grundsatz, an dem er unbedingt festhalten werde,
sei: Keine Ausgabe ohne Dedung! Klar müsse man sich
auch darüber sein, daß jede Erhöhung des Zinsfußes oder der Auf-
wertungsquote bei Hypotheken zur Steigerung der Mieten
führe. Im Augenblick aber sei die rasche Steigerung der Mieten
auf Friedenshöhe wirtschaftlich höchst bedenklich.

Abg. Keil (Soz.): Die Ausschussverhandlungen gleichen der
Echternacher Springprozeß, wobei nur zweifelhaft
ist, ob man jeweils zwei Schritte vorwärts und einen zurück,
oder einen Schritt vorwärts und zwei zurückmacht. Der Redner stellt
die Frage an den Minister, wie er sich zur Inanspruchnahme der
entschuldeten Landwirtschaft für Aufwertungszwecke
stelle. Minister Luther antwortete, auch diese Frage sei ein Be-
standteil des allgemeinen Steuerproblems.

Die weitere Erörterung, an der sich Vertreter aller Parteien be-
teiligten, drehte sich nun um die Frage, ob man unter Hinweis auf
die Erklärungen des Ministers vor den Volksausschuß treten könne
mit der Erklärung: Non liquet (Es ist nicht klar). Abg.
Hergl (Nat. Bp.) schlug vor, die Entscheidung des Unteraus-
schusses darüber, ob er seine Tätigkeit einstellen und ohne
positive Vorschläge in den Volksausschuß zurückkehren wolle, bis zur
Vorlegung der angekündigten Regierungserklärung zu verschieben
und die Verhandlungen bis dahin zu vertagen. Keil (Soz.)
widersprach diesem Vorschlag und lehnte es ab, sich an der
Blamage, die ein Non liquet in der breiten Öffentlichkeit her-
vorrufen würde, zu beteiligen. Der Unterausschuß müsse versuchen,
sohne Verzug Antwort zu geben auf die ihm vorgelegten
Fragen. Dabei könne er der ihm nicht mehr unbekanntem Stand-
punkt der Regierung würdigen.

Dieser Auffassung schloß sich im weiteren Verlauf der Debatte
der Ausschuss an. In einer Sitzung am Donnerstag soll nun ver-
sucht werden, die Antwort zu formulieren, die der Unterausschuß
auf die vom Volksausschuß gestellten Fragen geben will.

Abänderung der Abbauperordnung.

Der Zweimündwärtiger Ausschuss des Preussischen Landtages
nahm am Dienstag den Entwurf eines Gesetzes zur Abände-
rung der Personalabbauperordnung hinsichtlich des
Abbaues von Wahlbeamten an. Nach längerer Debatte, in der auf
den groben Mißbrauch der P.W. zu politischen Zwecken hingewiesen
worden war, beschloß der Ausschuss, dem Landtag zum § 53 Abs. 1
der P.W. folgenden Zusatz vorzuschlagen:

„Der Beschluß, durch den ein Magistratsmitglied, Bürger-
meister oder Beigeordneter einstellt in den Ruhestand gesetzt
wird, bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der
Ausschußbehörde. Verlegt diese die Zustimmung, so entscheidet auf
Antrag der Stadtverordnetenversammlung das Staatsministerium.“

Dieser Beschluß soll sinngemäß Anwendung auf die Ber-
liner Bezirksamter finden. Zunächst war vorgelesen, das
Gesetz zur Abänderung der P.W. mit Wirkung vom 1. September
in Kraft treten zu lassen. Da aber der deutschnationale Abg. Ober-
bach höhnisch die Frage stellte, warum man denn nicht gleich den
8. Februar, den Termin des Inkrafttretens der P.W., statt des
1. September vorgeschlagen habe, beantragten unsere Genossen sofort,
den 8. Februar als Termin für das Inkrafttreten des vor-
liegenden Gesetzes festzusetzen. So wurde auch mit Mehrheit be-
schlossen. Das Schönste aber war, daß nun der Abg. Oberbach wohl
oder übel mit entsehrlich saurer Miene für den 8. Februar stimmte.
Wer anderen eine Grube gräbt.

Das Gesetz im ganzen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen
und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Regie und Räumung.

Dortmund, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Von unterrich-
teter Seite wird mitgeteilt, daß die von der französischen Befehls-
behörde für den 20. Oktober in Aussicht gestellte militärische
Räumung der Dortmund-Hoerder Zone sich aus technischen Gründen
um zwei oder drei Tage verzögern wird.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Intran-
sigeant“ behauptet, daß die definitive Liquidation der fran-
zösisch-belgischen Eisenbahnregie in den besetzten Ge-
bieten am 16. November stattfinden wird. Die Uebergabe des
gesamten Bahnnetzes, das bereits vom 27. Oktober ab für Rechnung
der Deutschen Reichsbahngesellschaft betrieben wird, soll am diesem
Tage mittags 12 Uhr erfolgen. Bereits am 19. Oktober werden
die Linie Lünen—Dortmund sowie die Bahnlinie von Limburg und
Eichhofen an Deutschland zurückgegeben. Die 80 000 von der Regie
beschäftigten deutschen Eisenbahner werden von der Reichsbahn-
gesellschaft übernommen, während die französischen Eisen-
bahner und Hilfsbeamten am gleichen Tage das besetzte
Gebiet verlassen werden.

Zeppelin-Werke bleiben in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 14. Oktober. (W.T.B.) Von der Leitung des
Luftschiffbau-Zeppelins wird uns mitgeteilt: Die von der Presse ge-
brachte Nachricht, daß die gesamte Tätigkeit des Luftschiffbau-
Zeppelins nach Amerika verlegt werden sollte, teilt nicht
zu. Die Sachlage ist vielmehr folgende: Der Luftschiffbau-Zeppelin
hat in den Vereinigten Staaten eine Neugründung gemeinsam
mit der Goodyear Tire and Rubber Co. in Akron (Ohio) ins
Leben gerufen, die unter dem Namen Goodyear Zeppelin Corpora-
tion den Bau von Luftschiffen in Amerika aufnehmen soll. Zu
diesem Zweck ist geplant, einen kleinen Stab von Ingenieuren
dahin zu entsenden. Die Fortführung der Arbeiten in den Zeppelin-
Werken in Friedrichshafen wird dadurch nicht beeinträchtigt. Ein
enges Zusammenarbeiten beider Werke ist vorgesehen.
Dr. Ing. h. c. Ludwig Dürr wird wie seit 25 Jahren technischer
Direktor in Friedrichshafen bleiben. Als technischer Leiter der
neuen Werk ist Chefkonstrukteur des Luftschiffbau-Zeppelin Dr. Ing.
Karl Arnstein vorgesehen.

Volle Anleihezeichnung in 12 Minuten.

New York, 14. Oktober. (W.T.B. durch Funkpruch.) Die
Subskription auf die deutsche Anleihe wurde 12 Minuten nach Er-
öffnung bei offensichtlich starker Ueberzeichnung geschlossen.

Die Nachfrage nach der deutschen Anleihe war so groß, daß
einige bedeutende Firmen, die Zeichnungsstellen waren, sich ge-
zwungen sahen, jede weitere Zeichnung abzulehnen, weil der auf sie
entfallende Antheil bereits verkauft war. An der Fondsbörse wurden
annähernd 350 000 Dollar zu 94% Proz. bis 92% Proz. umgesetzt.

London, 14. Oktober. (W.T.B.) An der heutigen Fondsbörse
wurde das erste Geschäft in der deutschen Anleihe über 5000 Dollar
zu 94% Proz. und das zweite Geschäft über 50 000 Doll-
94% Proz. abgeschlossen.

Rücktritt der schwedischen Regierung.

Stockholm, 14. Oktober. (W.T.B.) Das Kabinettsmitglied
hat seine Demission eingereicht. Der König ersuchte die Mitglieder
des Kabinetts, vorläufig die Regierungsgeschäfte weiter zu führen.

Gewerkschaftsbewegung

Ein gewerkschaftliches Doppeljubiläum.

Das Berliner Arbeitersekretariat und sein Sekretär.

Mit dem Berliner Arbeitersekretariat zugleich begeht heute, am 15. Oktober, auch Genosse Gustav Vink das 25jährige Jubiläum als Sekretär dieser für die Arbeiterschaft so segensreich wirkenden Einrichtung.

Schon bevor die Berliner Gewerkschaftskommission im Jahre 1898 eine Erweiterung ihres Bureaus beschloß, hatte sie die Aufteilung auf allen Gebieten des sozialen Lebens eingeleitet. Die Inanspruchnahme des Bureaus stieg jedoch derart, daß die Kräfte nicht mehr ausreichten, die daraus erwachsende Mehrarbeit zu bewältigen. Es blieb darum nichts anderes übrig, als eine besonders geeignete Kraft anzustellen, die als Spezialist auf dem Gebiete der sozialen Versicherungen und Rechtsprechung wirkte. Wenn auch anfangs Bedenken gegen die weitere Anstellung eines Beamten erhoben wurden, so siegen doch der Weitblick und die Einsicht der Mehrheit in der damaligen Kommission. Und wenn man heute, am Jubiläumstage des Sekretariats, auf seine Tätigkeit zurückblickt, so wird, auch von den damaligen Skeptikern, sofern sie heute noch unter den Lebenden weilen, es niemand bedauern, das das Arbeitersekretariat geschaffen worden ist.

Gustav Vink war der erste Sekretär des Berliner Arbeitersekretariats. Seinen Willen und Können verband es nicht zuletzt das hohe Ansehen, das es sich im Laufe der Jahre erworben hat. Und wenn wir heute, an seinem Jubiläumstage, auf seine Leistungen zurückblicken, so darf mit Fug und Recht gesagt werden, daß es dieses Ansehen voll auf verdient. Die Berliner Arbeiterschaft, die sich diese Einrichtung geschaffen und erhalten hat, kann stolz darauf sein.

Viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen haben sich in den verfloßenen 25 Jahren in unserem Sekretariat Rat und Auskunft geholt. In welcher Schicksalsfrage sie auch immer des Rates bedurften, das Sekretariat stand ihnen jederzeit offen. Hier fanden sie stets Belehrung und Hilfe.

Gustav Vink war neben seiner Mitarbeiterin der Anwalt dieser Armen und Bedrängten und als solcher hat er in seiner langjährigen Tätigkeit wie kein anderer Gelegenheit gehabt, so tiefen Einblick in ihr materielles und seelisches Leid zu nehmen. Niemand hat so wie er all die Nöte der vom Schicksal Verfolgten, denen er stets ein hilfsbereiter Berater gewesen ist, kennen gelernt.

25 Jahre hat Gustav Vink diese Tätigkeit mit Umsicht und Sachkenntnis ausgeübt. Und trotz der Jahre, die auch auf ihm als Mensch lasten, erfreut er sich noch immer geistiger und körperlicher Frische, vermag er noch wie vor sein schwieriges, verantwortungsvolles und doch so dankbares Amt als Arbeitersekretär. Daß Gustav Vink neben seiner Tätigkeit als Arbeitersekretär auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen und in der Gewerkschaftsbewegung im besonderen seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat und auch heute noch tut, ist selbstverständlich, verdient aber an seinem Ehrentage ebenfalls betont zu werden. Und wer wie er Not und Leid der vom Schicksal Verfolgten und der Opfer der heutigen unheimlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung kennen gelernt hat, wie könnte der anders als an dem Werke mitarbeiten, das die Ursachen dieser Not und des Leides, die heutige Wirtschaftsordnung, beseitigen soll.

Vink, der als früherer Malergehilfe die Ungerechtigkeit und Folgen dieser Wirtschaftsordnung selbst am eigenen Leibe zur Genüge kennen gelernt hat, war darum um so mehr dazu berufen, der Anwalt der Opfer dieser Ordnung zu werden. Wir freuen uns, daß Gustav Vink auch heute noch mit seltener geistiger Elastizität sein Amt verwaltet und wir hoffen und wünschen von ganzem Herzen, daß er, der alte und doch so jugendfrische Genosse und Freund uns noch recht lange erhalten bleibt.

Zum Konflikt in den Gas- und Wasserwerken.

Die Folgen eines rechtsunwirksamen Schiedspruches.

Die Verhandlung über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 4. Oktober über die Arbeitszeit in den Gas- und Wasserwerken wird heute im Reichsarbeitsministerium stattfinden. Die Frage der Arbeitszeit konnte überhaupt nicht zum Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens gemacht werden, da, wie wir bereits dargelegt haben, durch den Tarifvertrag die Arbeitszeit bis zum 31. März 1925 geregelt ist und somit ein Grund für die Schlichtung einer Arbeitsstreitigkeit überhaupt nicht besteht. Durch das Schlichtungsverfahren soll nach § 3 der Schlichtungsordnung Hilfeleistung beim Abschluß von Gesamtvereinbarungen erfolgen. Da wo Gesamtvereinbarung besteht, ist demzufolge Hilfeleistung zum Abschluß nicht nötig. Ein Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 4. Oktober kann also nicht in Frage kommen, denn einmal ist der ergangene Schiedspruch rechtlich abwegig, kann daher nicht „bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entsprechen“, was nach § 6 der Schlichtungsordnung die Voraussetzung einer Verbindlichkeit ist. Vor allem aber ist der Schiedspruch im Sinne der Schlichtungsordnung überhaupt nicht rechtswirksam, denn er stellt einen „unzulässigen Verwaltungsakt“ einer Verwaltungsbehörde dar und würde, da die Verbindlichkeitsklärung den Abschluß dieses Verwaltungsaktes darstellt, dieser als „fehlerhafter Staatsakt“ zu betrachten sein. Daraus ergibt sich zugleich, daß selbst wenn das Reichsarbeitsministerium die Verbind-

lichkeitsklärung ausspricht, diese als „fehlerhafter Staatsakt“ absolut nichtig wäre.

Eine Verbindlichkeitsklärung, die ohne die Grundlage eines ordnungsmäßigen Schiedspruches erfolgt, würde ein „rechtliches Nichts“ bedeuten. (Vgl. Kassel, Neuerungen im Arbeitsrecht, S. 26/27, berf. Schl.-D. S. 178 und S. 272, Hiatow-Joachim, Schl.-D. S. 37 und Sigler-Basler S. 30 Anm. zu 1a zu § 6 Schl.-D.) Auch der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter um ein Gutachten in diesem Rechtsstreit gebetene Prof. des Arbeitsrechts an der Universität Berlin, Dr. Kassel, kommt nach Prüfung der oben geschilderten Sachlage zu folgendem Ergebnis:

„Da der Tarifvertrag vom 11. Februar 1924 bis zum 31. März 1925 läuft und daher eine über den 30. September 1924 hinausreichende Regelung der Arbeitszeit enthält, konnte der Schlichtungsausschuss gegen den Widerspruch der tarifbeteiligten Arbeitnehmer die Regelung der Arbeitszeit nicht zum Gegenstand des Schlichtungsverfahrens machen. Der trotzdem gefällte Schiedspruch vom 4. Oktober 1924 ist vielmehr rechtswirksam, daher einer Verbindlichkeitsklärung gar nicht fähig, und eine trotzdem erfolgte Verbindlichkeitsklärung würde ihrerseits ohne rechtliche Wirkung sein.“

Es liegt nun in der Hand des Reichsarbeitsministeriums, darüber zu entscheiden, ob Tarifverträge für die Zukunft überhaupt noch einen Wert haben, ob die Arbeitgeber zur Erfüllung des obersten Grundgesetzes der unbedingten Vertragstreue angehalten werden, oder ob es für die Zukunft möglich sein soll, beim Abschluß eines Vertrages aus der einen oder anderen Partei oetnehmen Gründen vertragliche Bindungen einzugehen, von denen sich die eine oder andere Partei bei passender Gelegenheit loslösen kann und sich zur Loslösung von eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen außerdem noch der Hilfe der gesetzlichen Schlichtungsbehörden bedienen darf. Welche Folgen und Gefahren eine Verbindlichkeitsklärung über die rechtliche und moralische Seite hinaus haben würde, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wenn man durch eine doppelte Rechtsbeugung den Arbeitern ihr klares Recht raubt, darf niemand übersehen, daß die Arbeiterschaft durch die Macht ihrer Organisationen das verlorne Recht wiederherstellt.

Erfolgreicher Streik im Stahl- und Eisengroßhandel.

Der Streik der Transportarbeiter im Eisen- und Stahlgroßhandel ist nach kurzer Dauer erfolgreich beendet worden. Nach den neuen Vereinbarungen, die gestern getroffen wurden, beträgt der Grundlohn 32,50 M. die Woche, die Sozialzulagen 2 M. für die Frau und 1 M. für jedes Kind. Die Klasse IV kommt in Fortfall. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeit wird heute früh aufgenommen. Gegenüber den bisherigen Löhnen kommen die neuen Löhne einer durchschnittlichen Erhöhung von 18 Proz. gleich. Eine Verammlung der Streikenden, die gestern abend stattfand, stimmte dieser Vereinbarung zu.

Ausperrung im Berliner Holzgroßhandel.

Die Bretterträger und Blagarbeiter von 37 dem Arbeitgeberverbände angehörenden Firmen sind seit Montag aus- gesperrt. Für diese Arbeitnehmer bestand nach einer Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband Berliner Blahholzhändler seit April d. J. ein Stundenlohn von 60 Pf. und bei Akkordarbeit pro Kubikmeter für Auf- oder Abbladen ein Lohnsatz von 48 Pf. Diese Vereinbarung hatte Gültigkeit bis zum 29. Mai d. J. Infolge der schlechten Konjunkturerhältnisse, welche damals im Holzhandel bestanden, war es nicht gelungen, eine neue Vereinbarung mit dem genannten Arbeitgeberverbände abzuschließen, so daß seitdem eine tariflose Zeit bestand. Die Arbeitgeber im Holzhandels-gewerbe glauben, daß die Zeit für sie gekommen sei, den Lohn für die Arbeitnehmer auf eine möglichst niedrige Grundlage abzubauen. Der Arbeitgeberverband hatte vor kurzem nach durch ein Rundschreiben seinen Mitgliedern empfohlen, anstatt eines schon reduzierten Lohnes auf 48 Pf. pro Stunde künftig nur noch 30 Pf. Stundenlohn zu zahlen und auch die Akkordlöhne entsprechend zu reduzieren.

Da die Geschäftslage sich in der letzten Zeit im Holzhandel wieder etwas günstiger gestaltet, glauben auch die Arbeitnehmer, nunmehr eine Aufbesserung ihrer reduzierten Löhne verlangen zu können, um so mehr, da bei ungefähr 6 Holzhandlungsfirmen, welche dem Arbeitgeberverband nicht angehören, die Löhne nicht reduziert waren, sondern im Gegenteil sich auf 80 bis 90 Pf. pro Stunde bezifferten. Sie unterbreiteten deshalb durch den Deutschen Verkehrsband den Arbeitgebern Forderungen auf Erhöhung des Lohnes in gleicher Höhe wie bei den ringfreien Firmen und ebenfalls Erhöhung der bisherigen Akkordlohnsätze. Diese Forderung wurde von dem Arbeitgeberverband abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss, der in dieser Sache angerufen wurde, fällt am 7. Oktober einen Schiedspruch, der einen Stundenlohn von 70 Pf. vorsah. Dieser Schiedspruch wurde angesichts der schweren Arbeit und mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen erhöhten Lebensmittelpreise von den Arbeitnehmern abgelehnt. Bei 6 Verbandsfirmen legten daraufhin die Arbeitnehmer die Arbeit zunächst nieder; diesen Anlaß benutzte der Arbeitgeberverband der Berliner Blahholzhändler, um bei 37 Firmen sämtliche Arbeitnehmer auszusperrten. Die Ausgesperrten richteten das dringende Ersuchen an sämtliche Transportarbeiter, besonders an die Schwerefuhrwerkskutter, Solidarität zu üben und jede Streitarbeit abzulehnen.

Zum Tarifkampf der Berliner Theatermusikerkchaft.

Der Deutsche Musikerverband gibt erneut bekannt, daß das Berliner Sinfonieorchester (Blätthner-Orchester) wegen seines den Interessen der Theatermusikerkchaft schädigenden Verhaltens gesperrt werden mußte. Wenn also in Ankündigungen, die dieses Orchester betreffen, von einem „verstärkten“ Blätthner-Orchester die Rede ist, so kann in Wirklichkeit hier nur

von einem durch Sperrbrecher verstärkten Blätthner-Orchester gesprochen werden und diese „Verstärkung“ Sperrbrecher“ will das Blätthner-Orchester laut eines Ausspruches seines Vorstandes jetzt in der Hauptsache von der Staatskapelle beziehen. Wir wollen nur hoffen, daß auch die Mitglieder der Staatskapelle gleich der übrigen Musikerkchaft es ablehnen werden, sich vom Blätthner-Orchester als Sperrbrecher benutzen zu lassen.

Den Freien Gewerkschaften, die das Blätthner-Orchester viel zu beschäftigen pflegen, sei bei dieser Gelegenheit noch mitgeteilt, daß die Mitglieder des Blätthner-Orchesters es nicht für nötig erachten, sich ihrer eigenen freigewerkschaftlichen Berufsorganisation anzuschließen.

Zum Kampfe der Berliner Theatermusikerkchaft sei noch gesagt, daß von sämtlichen Berliner Theatern nur noch folgende Betriebe als gesperrt zu gelten haben:

- 1. Berliner Theater, 2. Theater am Neuenhofplatz, 3. Metropol-Theater, 4. Künstler-Theater, 5. Theater in der Kommandantenstraße, 6. Thalia-Theater.

Ueber alle sonstigen Berliner Theater besteht eine Sperrung nicht bzw. nicht mehr.

Verursachungen der Autogenschweißer.

Die Autogenschweißer nahmen in einer Brandensammlung Stellung zu den Gefahren, die der Beruf mit sich bringt. Trotz eingehender Aufklärung in Wort und Schrift, durch beherrschende Vorträge und praktische Vorführungen ereignen sich immer wieder noch schwere Unglücksfälle, die nicht selten den Tod des Schweißers herbeiführen. Die Brandensammlung war in der Lage, einige Fälle der neuesten Zeit mitteilen zu können, die sich in Berlin zugetragen haben. Es handelte sich stets um Explosionen, bei denen in zwei Fällen der Tod, in anderen Fällen dauerndes Siechtum oder der Verlust der Beine herbeigeführt wurde.

Der Jahresbericht der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft verzeichnet während des Jahres 1923 die Zahl von 86 Unfällen von Autogenschweißer. Nach den Feststellungen der Brandensammlung ist die Unkenntnis der Gefahrenquellen, dann aber auch Unvorsichtigkeit der Arbeiter die Ursache der meisten Unglücksfälle. Die Brandensammlung sah ein, daß die Schutzmaßnahmen der Schweißer allein die Gefahren nicht beseitigen können, sondern daß dazu auch behördlich beigetragen werden müsse. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Die Brandensammlung der Autogenschweißer erwartet endlich von der Regierung Maßnahmen zur Verhütung der schweren Unglücksfälle im Beruf. Die Brandensammlung erklärt, daß eine gründliche Ausbildung und eine behördliche Prüfung aller mit diesem Verfahren beschäftigten Personen die beste Unfallverhütung darstellt.“

Ferner fordert die Versammlung alle in Groß-Berlin beschäftigten Schweißer und Brenner auch, sich regen an den Beratungen der Branche zu beteiligen, denn auch durch gegenseitige Belehrung und Ermahnung kann viel zur Verhütung neuer Unglücksfälle beigetragen werden.“

Abbruch des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Brüssel, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertreter der Bergarbeiterdelegationen des Voringen haben mit 88 gegen 16 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen beschlossen, die Arbeit am Mittwoch wieder aufzunehmen. Die Streikenden haben ungefähr 20 Proz. ihrer Forderungen nach mehrwöchigem Ausstand durchgesetzt.

Der Jugug von Elektrikern nach Hamburg ist zurzeit fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin. **Wichtig!** Die Mitglieder der Fachgruppe Metallindustrie, heute abend 7 Uhr in den Arbeiter-Kassernen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Mitgliederversammlung der Fachgruppe Metallindustrie des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Tagesordnung: Was bedeutet die Abnahme des Montelohnes durch den VBR? für die Anstellten in der Metallindustrie? **Wichtig!** Am Freitag, Charlottenburg, Donnerstag nachmittag 4 Uhr bei Herrn. Schulze, Ecke Anhalter Bahnhof, Versammlung aller Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Tagesordnung: „Worum geht es bei den gewerkschaftlichen und politischen Kampf?“ Freie Aussprache. Das Betriebssekretariat.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Chlora; Journalismus: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Wily Wibus; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Nur nicht Furcht vor Erkältung u. Grippe!

Es gibt einen vorzüglichen Schutz gegen schädliche Keime in der Mundhöhle, auch gegen Mundgeruch nämlich

Calciform-Tabletten der

Firma W. SPINDLER A.-G., Berlin C. 19 (Spindlershof)

In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Fliegen und Funken

ist das Buch des Tages

für die Jugend geschrieben, von Erwachsenen verschlungen

AUS DEM INHALT:

- I. Hamburg—Newyork in zehn Stunden**
Das fliegende Tier und der fliegende Mensch • Leichter als die Luft • Schnelldampfer der Luft • Segler der Lüfte
- II. Ein Funkblick ins 21. Jahrhundert**
Funken und Wellen • Sprechende Wellen • Das Ohr am Mast • Gefunkte Luft • Das elektrische Megaphon • Das Fernsehen
- III. Die Goldfabrik**
Die Liliputwelt der Moleküle • Billionstel-Millimeter-Sonnen und -Planeten • Auf dem Wege zur Goldfabrik
- IV. Zwischen Eisenbahn und Auto**
Vom Dampfwagen zum D-Zug • Los vom Dampf • Rollende Beine • Sieger Benzin?
- V. Vom Einbaum zur schwimmenden Stadt**
Wasserstraßen • Zwischen Engeln und Dampf • Die schwimmende Stadt • Das Auge des Dampfers • Die Zukunft

Bestellen Sie noch heute in Leinen gebunden, 8 Bogen mit vielen Abbildungen

nur 2.80 Mk.

Ich bestelle durch Nachnahme:

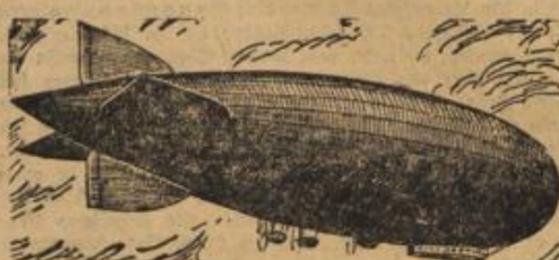
Fliegen und Funken à 2.80 Mk.

Name _____

Ort _____

Straße _____

Im Umschlag mit 5 Pf. frankiert senden an **Sortiments-Buchhandlung DIETZ,** Berlin SW 68, Lindenstraße 2



Fliegend und funkend

erreicht

Z. R. III Amerika

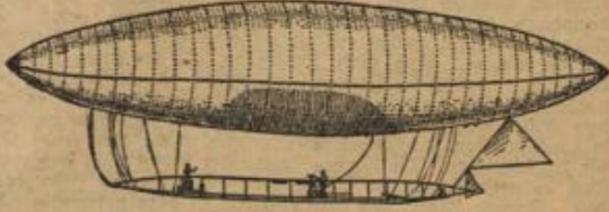
Fliegen und Funken.

Wie ein Traum zur Tat wurde.

Jahrtausendlang träumt die Menschheit den Traum vom Fliegen. Jahrtausendlang träumt sie ihn, ohne dem Bild ihrer Sehnsucht auch nur um Schrittebreitere näherzukommen. Und dann plötzlich jagt in einem einzigen Jahrhundert eine Erfindung die andere, reißt Erfolg sich an Erfolg: vom ersten Luftballon über Gleitflieger, Motorflugzeuge, unsterbliche und halbsterbliche Luftschiffe bis zum atlantiküberquerenden Zeppelin! Ein Zufall? Erfindungen und Entdeckungen sind niemals ein Spiel des Zufalls, niemals ein blindes Bonungefähr, sondern sie folgen dem Gesetz der Entwicklung, folgen dem Fortschritt der Menschheit, ihren Lebensbedingungen und Lebensnotwendigkeiten. Erst der Mensch, den sein Lebenswille zwingt, den Raum und die Zeit zu meistern, konnte die Werkzeuge erfinden, die ihn über Raum und Zeit erheben. —

Vor 142 Jahren.

Fast auf den Monat genau sind es 142 Jahre, seit sich der erste Mensch in den Luftraum hinauftragen ließ — ein nicht minder großes Wagnis damals wie heute die Amerikafahrt des Zeppelin.



Der erste Versuch.

Am August des Jahres 1782 stieg die erste „Montgolfiere“ von Paris aus auf, die bei ihrem Niederfliegen in einem weltabgelegenen Bauerndorfe die biederen Bauern und den ehrwürdigen Herrn Pfarrer voran in heillosen Schrecken versetzte: mit Sensen, Heugabeln und Dreschfliegen gingen sie dem leibhaftigen Satan, der da vom Himmel heruntergeschwebt kam, zu Leibe. Vier Monate später ließ sich Pilatre de Roziers als erster Mensch im Ballon in die Lüfte erheben. Schon im Jahre darauf plante Meunier das erste Luftschiff: spindelförmig, wie der erste Lenkballon von Santos Dumont 100 Jahre später, mit Propeller und Luftsaug zur Regulierung der Gleichgewichtslage. Der Propeller war da — aber es fehlte der Antrieb. Und eben dieser fehlende Antrieb hat die weitere Entwicklung um ein volles Jahrhundert aufgehalten. 1882 wollte es Giffard mit einer 5-PS-Dampfmaschine versuchen — damit war der stürmzerwühlte Luftraum allerdings nicht zu bezwingen. Erst die Verbesserung des Motors mit dem Ballon machte die Bahn für den Luftkrieger frei. Den Beweis dafür erbracht zu haben, ist das bleibende Verdienst von Santos Dumont, so wenig auch sonst Form und Bauart seiner 14 Luftschiffe in den Jahren 1888 bis 1902 richtunggebend gewesen sein mögen. Der erste Zeppelin war im Entwurf bereits 1894 fertig, die Ausführung ließ bis 1900 auf sich warten — Rüsttrauen und Spott, Borniertheit und Kurzsichtigkeit mühten sich auch um die Wende des technischen Jahrhunderts noch, den flugbereiten Mensch an die Erde zu fesseln.

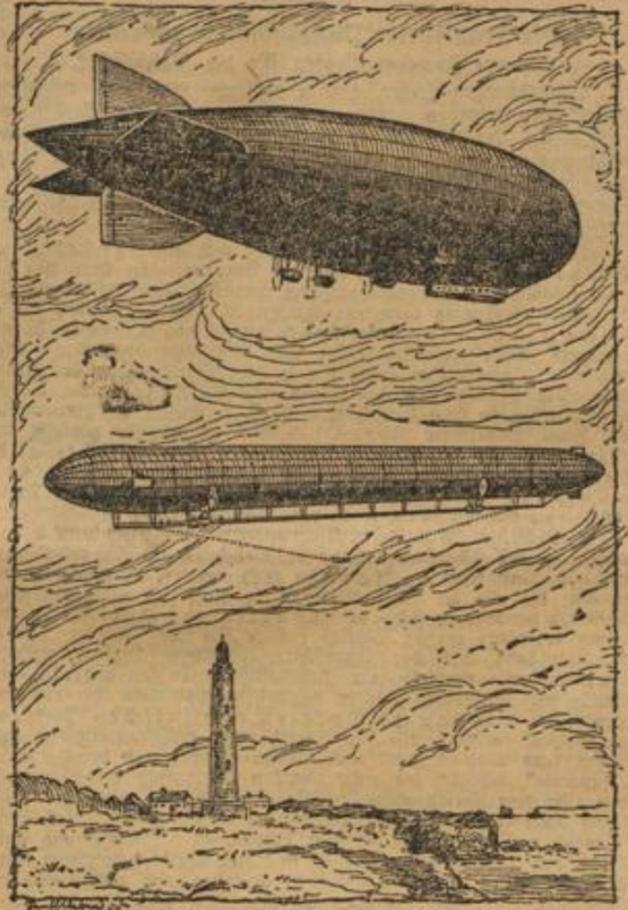
Starr oder Unstarr!

Ein Jahrzehnt und länger noch tobte der Kampf um Starr oder Unstarr. Und während ein Zeppelin nach dem anderen in Trümmer ging, vom Unglück verfolgt und von der eigenen Unfertigkeit, flogen Duzende und aber Duzende „Unstarrer“ und „Halbstarrer“ in Frankreich, in England und Deutschland. Schiff über Schiff, Erfolge über Erfolge — und trotz alledem ein Jerweg, ein Umweg. Ein knochenloses Ballongebilde konnte nun und nimmermehr das fliegende Schiff der Zukunft sein. Das Foch der ersten Zeppeline war nicht dadurch zu korrigieren, daß man ihnen die Knochen aus dem Leibe brach, sondern nur dadurch, daß man die Ursachen unnötiger Knochenbrüche, feste Ballonhüllen und ungünstige Landungsstellen beseitigte. Ein langer Weg: vom ersten Zeppelin bis zum 3. A. 3. 25 Jahre Luftschiffbau sind weder an den Rotoren, noch an den

Steuern, noch vor allem an der Form des Rumpfes spurlos vorübergegangen. Aber das ist das Seltsame, daß diese stetige Entwicklung und Verbesserung nirgends nachgahmt, nirgends überholt werden konnte. Obgleich England die Zeppeline genugsam kopiert hat, obgleich der R. 34, eine wirkliche Zeppelin-Imitation, bereits den Ozean von Edinburg bis New York überflogen hat, läßt Amerika den ersten Ueberbrüder der Kontinente auf der Friedrichshafener Werft bauen, von ihren Ingenieuren und Monteuren auf der epochemachenden Reife begleiten. —

Explosionsmotor und Radio.

Kein Luftschiffbau ohne den Explosionsmotor. Keine Luftschiffreise ohne die drahtlose Telegraphie. Erfindungen folgen dem großen Gesetz der Entwicklung, fördern sich, bedingen sich, ergänzen sich. Zahlen beweisen: 1878 Erfindung des Viertakt-Gasmotors durch Otto — 1885 das erste 1/2-PS-Benz-Dreirad mit 12 Kilometer Stundengeschwindigkeit — 1891 Villenthals motorlose Flügel bei Rhinow — 1898 Santos Dumonts erstes Luftschiff — 1900 der erste Zeppelin — 1903 das erste Motorflugzeug der Gebr. Wright. Und nun die andere Reihe, die Reihe des „Funken“: 1860 Erfindung des Telefons durch den Friedrichsdorfer Lehrer Reis — 1878 das Mikrophon — 1886 entdeckt Herz die Fernwirkung elektrischer Wellen — 1895 funkt Marconi zum ersten Male über 1600 Meter Entfernung — 1906 erfindet Lee de Forest den Röhrenverstärker und damit die drahtlose Telephonie. Weiße Wege sind auch dies. Weiße Wege, die ein erfindungshungriges Geschlecht im Sturmschritt durch-



Der älteste und der neueste Zeppelin.

laufen hat. Aber dieser Parallelismus der Erfindungen ist es, der den ersten Luftkrieger besser ausgerüstet über See schickt als die ersten Dampfer. Noch 1912 fiel ein Ozeanries, die Titanic, der Unzulänglichkeit seiner Sicherungsmittel zum Opfer; noch nicht zehn Jahre nach der Katastrophe war das elektrische Auge des Dampfers, das Behm-Loth, erfunden, das diese Katastrophe unmöglich gemacht hätte, weil es durch einen bloßen Knopfdruck die Ableitung der Meeresflut unter dem Schiffskegel gestattete. Der Zeppelin spricht heute und horcht in die Ferne, während er mitten über die weite Wasserwüste schwebt — auch ihm fehlt nur noch eins: das elektrische Auge, das ihn in die alte Heimat zurück und in die neue voraussehen ließe. Wie lange wird's dauern — und die Luftkrieger zwischen zwei Erdteilen führen außer dem drahtlosen Telephon auch das drahtlose Teleskop mit sich; können nicht nur sprechen und hören, sondern sehen und gesehen werden über Tausende von Kilometern hinweg.

Und so wollen wir diese kurze rückschauende Betrachtung, wie ein Traum zur Tat wurde, schließen mit einem Traumbild des Fernsehens, das wir dem fernen in der Verlage von A. H. W. Dieh erscheinenden technischen Jugendbuche von Ernst Krafft („Fliegen und Funken“) entnehmen, dem Traum von der Ueberwindung des



Der gefesselte Riese.

Raumes in der Vertikalen, den wir eben in der Horizontalen zu meistern beginnen: Wie lange — und Unterseefahrten werden wir unternehmen, in dessen wir über der Oberfläche des Meeres im Luftschiff dahinschweben. Unterseefahrten, so tief, wie nie ein Unterseeboot noch tauchte; denn das Teleskop mit der elektrischen Lampe an langer Troste schließt unter dem Wasser entlang, und wenn wir auf die Lichtplatte unseres Empfängers sehen, dann wandeln wir gewiß und wahrhaftig über den Grund des Meeres, ruhig und gefahrlos, inmitten der „Ungeheuer der traurigen Oede“ — „unter Larven die einzig fühlende Brust!“

Man will keinen Fortschritt im Schulwesen.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage des Magistrats betr. Umwandlung der 308. Gemeindeschule in eine Lebensgemeinschaftsschule hat gestern mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien die Vorlage abgelehnt. Als einziger Grund wurde angeführt, daß Berlin genug Versuchsschulen habe. Dabei ist unter den circa 300 Gemeindeschulen Alt-Berlins nicht eine einzige vorhanden, die die Genehmigung zur Durchführung eines Schulversuchs hat. Andere große Städte (Hamburg, Bremen, Leipzig, Dresden, Frankfurt, Magdeburg) sind pädagogisch Berlin um viele Längen voraus. Berlin hat „Wichtiges“ zu tun: es hat Personalpolitik zu treiben. Herr Helmke muß aus dem Dezernat für höhere Schulen weichen, um dem Volksparteiler Herrn Benedek Platz zu machen. Dafür darf Herr Helmke das Fach- und Fortbildungsschulwesen verwalten, das ihm bisher fremd gewesen ist.

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Als gute Fischer wechselten sie kein Wort miteinander, sondern glitten weiter lautlos durch den Tanggürtel. Das Meer lag unbeweglich, so weit man blicken konnte; nur wo ein Stein bis dicht an die Wasseroberfläche reichte, sah man ein schwaches Steigen und Sinken, da das Wasser sich mit weichen Bewegungen um ihn öffnete und schloß, wie ein atmender Fischmund.

Der Fang war heute schlecht, wie immer es kommen mochte; und als die beiden Jungen ein paar mittelgroße Aale und einige Fludern im Boot hatten — vor den letzteren begien sie innige Verachtung, und sie nahmen sie hauptsächlich als Füllsel mit — gaben sie das gezwungene Schweigen auf und gingen aus sich heraus.

Sie hatten jetzt den Tanggürtel durchquert und waren dahin gelangt, wo der Boden ziemlich stark abfiel in das sogenannte „Steil-Tief“. Ein jeder lag über seiner Reeling; sie hielten die Rolle in wiegender Bewegung, so daß sie von selber vorwärts glitt, und folgten den wechselnden Formationen des Meeresbodens, der bald aus Sand, bald aus glattem Felsen oder Geröll bestand.

„Gib acht,“ sagte Lars, „jetzt kommen wir bald ans Steil-Tief, da geht es gerade hinab wie eine Wand, viel tiefer als der Kirchturn.“ Sie beugten sich weit vor, um zu sehen, und als der Boden in einen dunkleren Ton überging und verschwand, waren sie beide der Ansicht, daß das Tief erreicht sei. „Da schwimmt ein Seehund!“ schrie Thorvald plötzlich, und als Lars sich weit hinabneigte, um Ausschau zu halten, wippte der andere mit dem Boot, so daß er mit dem Kopf und beiden Schultern unter Wasser kam.

„Du Schwein!“ rief er sanftmütig und begann, die Kleider auszuziehen.

Weit draußen auf dem blanken Meere schwamm eine Reihe von dunklen Punkten; es konnten schlafende Seeschildkröten sein, aber vielleicht waren es die Lachsnege der Fischer. Noch weiter draußen wiegte sich ein Seezeichen über den „Hullegründen“; sie beschloßen, zu ihm hinauszurudern, und Lars setzte sich an die Riemen, während Thorvald sich im Achterteil niederließ und die Beine ins Wasser hinabhängen ließ.

Jetzt brach die Sonne durch. Golden und rotglühend goß

sie ihr Licht über die Meeresfläche hin. Der Himmel stand in Blau und Gold, und gegen Süden verschmolzen Meer und Luft zu dunkelgelbem Purpur. Uebers Meer legte sich ein weißlicher Glast, und durch ihn hindurch ward ein monotoner Klagegesang getragen, tränenerfüllt und in Woll, wie der Gesang der Frauen aus dem Volke von unglücklicher Liebe. Es schien, als käme der Gesang von langen Reihen her, bald näher, bald ferner; und die Töne nahen langsam, in wiegendem Takt, so daß die beiden Knaben beinahe erwarteten, einen singenden Frauenschor aus dem Glast hervorsprechen zu sehen, weißgekleidete Gestalten, die über die spiegelblanke Meeresfläche dahinwanderten.

Es war der Gesang der Wildenten an die rinnende Sonne. Dann verstummte der Gesang, fast gleichzeitig, und die Luft jubelte unter den geschwinden Flügelschlägen der Enten, die in Schwärmen aufzogen, ein Ende vorwärts glitten und sich wieder fallen ließen, einer nach der anderen mit langgedehntem Blätschern.

Das Siangensezeichen war in dem Dunst nicht zu sehen, und sie gaben es auf und beschloßen zu baden. Doch da das Boot nicht sicher genug war, um von da ins Wasser zu gehen, verabredeten sie, zum Hasen zu rudern und hinter der äußersten Mole zu baden. Das hatte obendrein den Vorteil, daß man von ziemlich hoch oben kopfüber ins Wasser gehen konnte.

Sie ruderten wieder näher an Land bis zur Tanggrenze und folgten ihr. Land konnten sie nicht sehen, aber sie hörten deutlich Frauen schwagen und Männer in Holzschuhen auf dem Strandpfad entlang gehen. Lars mußte wieder an die Ruder, während Thorvald im Vordersteven lag und Miene machte, die Möwensteine zu erspähen, damit sie nicht dagegen prallten.

Von Zeit zu Zeit erteilte er einen eifrigen Befehl wie: „Hart Steuerbord, zum Saian!“ oder „Mehr Backbord! Mehr Backbord!“ während Lars unverwandt den Kurs einhielt.

Plötzlich schleuderte Thorvald das eine Bein weit über Bord und stemmte sich mit allen Kräften gegen etwas. Das Boot hielt an und drehte nach der Seite um, sie waren wirklich beinahe auf einen großen unterseeischen Stein gefahren.

„Da kannst du's selber sehen, Freundchen,“ sagte er und kreuzte die Arme.

„Dann rudere du doch!“ erwiderte Lars ärgerlich und warf die Ruder hin. Und Thorvald löste ihn ab.

Der Rebel hob sich. Sie sahen die roten Ziegelbacher schimmern, den Hasen mit seinen Masten, die blau-roten Höfen-

hügel weit landeinwärts. Und dort lag das Meer, sonnenbeschienen und ruhig, mit klarem Horizont. Ein Ende weiter draußen kamen die Fischerboote in langer Flottille daher, alle die lohroten Segel waren aufgespannt und die langen Ruder ausgelegt; in silbern glänzendem Strom schäumte das Wasser hinter den Fahrzeugen her. Sie waren schwer beladen und rührten sich trotz der Ruder und Segel fast nicht von der Stelle.

Die Knaben ruderten hinter die äußere Mole, in einen Winkel hinein, wo das Boot anlegen konnte. Thorvald wollte ihm gerade die letzte Drehung geben, als sein Auge auf etwas an der Wasseroberfläche fiel, ein wunderliches gelbgrünes Tier mit einem Kranz von Haaren.

„Hier sollst du eine Ohrenqualle zu sehen bekommen,“ sagte er und wollte das Ruder darunter stecken und das Tier herausfischen.

Aber das Ruder stieß dagegen, und das Wasser färbte sich von gelblichem Bodensatz. Das merkwürdige Wesen verschwand, und statt dessen kam nun etwas einer Schulter Rehnliches zum Vorschein.

„Es ist ein Strandwäscher,“ sagte Lars und stieß den Leichnam mit dem Ruder herum.

Thorvald starfte ein wenig. Dann sagte er: „Ich glaube wahrhaftig, es ist mein Vater.“

„Ja, er ist es,“ sagte Lars nach kurzem Gaffen. „Er ist es wirklich.“

Da verschwanden sie keine weiteren Worte darauf, sondern legten mit ziemlicher Mühe ein Seil um den Ertrunkenen. Thorvald hielt das Seil, und so ruderten sie in den Hasen ein, während die Leiche hinter dem Boote herschleppte.

Die stahlblanke Wasserfläche wich vor dem Boote und seiner unheimlichen Last in zwei leuchtenden Streifen aus, die nach den beiden Seiten enteilten und an dem Balkenwerk der Molen verschwanden. Doch im Kielwasser der Leiche brodelte es gelblich-weiß und streift.

Rings auf dem Hasenplatz saßen Gruppen von Frauen, die darauf warteten, daß die Boote an Land kamen, um sich an die Arbeit machen zu können. An umgekehrte Boote und geleerte Geräteschuppen gelehnt standen Scharen von Fischern, die zu sehr an Gichtschmerzen litten, um selber noch auf die See zu fahen, und starteten sehnsüchtig nach den Heimkehrenden aus.

(Schluß folgt.)

*) Eine angeschwemmte Leiche.

Rehraus im Wald.

Ueber die Verschandelung des Grunewalds durch die Ausflügler wird seit langen Jahren Klage geführt, und an den zahllosen fortgeworfenen Stullenpapieren, leeren Konfektbüchsen und Flaschen hat man mit Recht Anstoß genommen. Der Touristenverein für die Brandenburger, der in dankenswerter Weise durch Wegweiser für die Orientierung sorgte — eine Erneuerung der Wegweiser mit den kaum noch lesbaren Namen ist übrigens dringend notwendig — ließ allerorten im Wald Papierkörbe an den Bäumen befestigen, aber nichts half. Noch wie vor wurden Papiere, Konfektbüchsen und Flaschen in den Wald geworfen, und es schien fast so, als ob für viele Leute der Ausflug in den Grunewald erst dann schön und lohnend war, wenn sie den Wald beschmutzten. Aber dann mit einemmal erlebte man das Wunder des sauberen Grunewalds, und dieses Wunder bewirkte der Krieg. Man hatte eben damals keine Stullenpakete, die man auf den Ausflug mitnehmen und keine Konfektbüchsen, die man nach Leerung in den Wald schleudern konnte. Und die Sauberkeit des Waldes hielt an während der Inflationszeit. Alles war ja damals kostbar, jedes Stückchen Papier, das kleinste Endchen Bindfaden, jeder Scherben und jede Büchse. Man warf nichts achtlos fort, und was doch noch an herartigen Abfällen im Wald lag, wurde sorgfältig von armen Leuten gesammelt, die alle diese Dinge zu Geld machten.

Indessen der saubere Wald ist längst wieder zu Märchen und Mythe geworden. Ueberall findet man wieder die häßlichen Spuren der Ausflügler. Aber ein anderer großer Rehraus findet jetzt im Grunewald statt. Mit Besen und Keimen Harten sind namentlich arme Kinder am Werk, um die Früchtnadeln zusammenzufahren und in mitgebrachte Säcke zu tun. Sie sollen im Winter in die Kochmaschine und in den Ofen wandern, und anstelle der fehlenden Kohle und des sehr teuren Holzes Wärme erzeugen, heizen und kochen. Gewiß, ein trauriger Notbehelf, zumal die Nadeln schnell wie Stroh verbrennen und nicht viel Hitze hinterlassen, auch dann nicht, wenn der Ostoberwind die Kleinsten von den Bäumen heruntergeholt hat, und man sie mit den Nadeln zusammenlegen und sammeln kann.

In manchen Stellen steht jetzt jedenfalls der Wald sauber, wie „geleckt“ aus. Die Armut hat hier Großreinemachen gehalten.

Neuerungen im Autobusverkehr.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft (Abog) hatte am Dienstag durch ihren Generaldirektor Kaufmann die Berliner Presse zur Entgegennahme interessanter Mitteilungen über die Zukunftspläne der Abog eingeladen, aus denen, um das folgende vorweg zu nehmen, hervorging, daß die unzulässigen rückständigen Verkehrsverhältnisse auch in dieser Zeit demnächst eine Besserung zu erwarten haben.

Vor dem Kriege, so führte Generaldirektor Kaufmann aus, hatte das Unternehmen etwa 250 Automobile und 125 Pferdewagen in Betrieb. In der Kriegszeit war die Gesellschaft bemüht, den Betrieb unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Zwar war dieses Bemühen mit starken Hindernissen verknüpft, wenn man sich nur Augen hält, daß die Abog in der Kriegszeit den Behörden nicht weniger als 200 gute Automobile und einige tausend Pferde zur Verfügung stellen mußte. Nach Beendigung des Krieges wurde der Betrieb mit 12 neuen Autos aufgenommen. Jetzt verfügt die Gesellschaft wieder über 165 Kraftwagen, das bedeutet einen anerkennenswerten Aufschwung. Die Zahl der vor dem Kriege beförderten Fahrgäste ist jedoch noch nicht erreicht. Vor dem Kriege wurden jährlich 170 Millionen Fahrgäste befördert, während jetzt — man muß den gänzlich in Fortfall gekommenen Pferdebetrieb abziehen — etwa 45 Millionen Fahrgäste diese Einrichtung benutzen. Die Abog hat sich nunmehr entschlossen, mehr Wagen herauszubringen. Schon am Ende dieses Monats werden 60 neue Wagen eingestellt werden. Die Linien, die bereits vor dem Kriege bestanden, werden in allerhöchster Zeit wieder ihren alten Weg aufnehmen. Es würde zu weit führen, alle geplanten Neuerungen mitzuteilen. Hervorgehoben sei, daß in Zukunft von Nordost, d. h. vom Schloß Weihensee bis zum Hermannplatz Reuthe eine Verbindung geschaffen wird. Weiter wird eine Linie von Pantom Kirche, die das Zentrum Berlins durchfährt, bis zum Köpenicker Bahnhof führen. Westhafen — Osthafen wird sich eine neue Linie nennen, vom Westhafen über Bahnhof Beusselstraße durch das Moabit und Hansaviertel gehen und weiter über Brandenburger Tor, Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Wallstraße, Köpenicker Straße, Schöneberg Tor, Straßauer Allee, Strolch-Rummelsburg, um endlich am Straßauer Rathaus zu enden. Eine weitere Linie wird die Verbindung zwischen Nord und West schaffen. Es ist das die Linie, die von der Christiansstraße, Ecke Schwedenstraße, bis zum Steglitzer Rathaus führt. Von der Reinickendorfer Straße Ecke Schulstraße (Nauerer Platz) wird eine Linie nach der Hauptstraße Ecke Oberstraße in Schöneberg führen, die das nördliche, westliche und bayerische Viertel passiert. Auch ist eine ständige Verbindung von Bicheldorf zum Bahnhof Bichtenberg-Friedrichsfelde geplant. Von der Frenzlauer Allee Ecke Wisper Straße soll eine Linie nach Wilmersdorf, Hochmeisterplatz, führen. Endlich wird eine Linie Westend-Krankenhaus nach Schöneberg, Gustav-Müller-Platz, ihren Weg nehmen.

Nun wird in der Bevölkerung mit Recht die Frage aufgeworfen werden, warum man erst jetzt mit diesen Neuerungen herankommt. Generaldirektor Kaufmann gab in seinem Referat darüber Aufschluß. Wir als Gesellschaft, so führte er aus, wollten erst im Auslande die praktischen Verkehrsorganisationen gründlich studieren und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß nicht in allen Fällen die dort herrschenden Neuerungen, auch wenn sie noch so gut erscheinen mögen, bei uns eingeführt werden können. Aber wird sind auch gleichzeitig zu dem Entschluß gekommen, daß unsere Karosserien durchgearbeitet werden müssen. Ein Spezialwagen für den Berliner Verkehr ist unausbleiblich. Die geplanten Neuerungen sind folgende: Der Fahrer erhält in Zukunft einen kleineren Platz, der immer noch groß genug für ihn ist, so daß zwei Fahrgäste in dem bisher unbenutzten Teil des Wagens Sitzplätze erhalten können. Die Wagenbreite soll um 10 Zentimeter vergrößert und der Gang im Innern des Wagens vergrößert werden, so daß vier Personen in einer Reihe sitzen können. Auf

diese Weise können mehr Fahrgäste mitgenommen werden. Das Stehen im Gang wird man grundsätzlich vermeiden. Weiter erhalten die Wagen zum größten Teil auf dem Verdeck an Stelle der bisherigen langliche Querreihe, die ebenfalls Platz in einer Reihe für vier Personen bietet. Aus Sicherheitsgründen wird man in Zukunft den Wagen 15 Zentimeter niedriger halten und die Plattform von 80 auf 62 Zentimeter senken. Um eine schnellere Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen, ist weiter geplant, getrennte Eingänge zum Wageninnern und zum Verdeck einzuführen. Proben haben bewiesen, daß dadurch die Einsteigegeschwindigkeit des einzelnen Fahrgastes von 18 Sekunden auf 13 Sekunden herabgedrückt werden kann. An Stelle des bisherigen hinteren Mitteleinganges soll eventuell der Seiteneingang treten. Am Schluß seiner Ausführungen hob Generaldirektor Kaufmann noch hervor, daß ebenfalls ein Plan zur Herstellung eines großzügig angelegten Zentraldepots bestehe. In diesem Gebäude sollen 200 Wagen Platz finden. Schließlich sei noch erwähnt, daß das bisherige Fassungsvermögen der Wagen etwa 42 Fahrgäste (36 Sitze und 6 Stehplätze) betrug. Die modernisierten Wagen, die allerdings nicht vor einem Jahre zu erwarten sind, werden 52 bis 54 Personen Sitzplätze gewähren.

Platz da, Herr Benedek kommt!

Die Abziehung des Magistratsoberchulrats Helme aus der Leitung des höheren Schulwesens und die Übertragung dieses Postens auf den Stadtrat Benedek haben berechtigtes Aufsehen erregt. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet daher an den Magistrat die folgende Anfrage:

„Durch Beschluß des Magistrats ist der bisherige Dezent für das höhere Schulwesen, Herr Magistratsoberchulrat Dr. Helme, der im Berufsschulwesen noch nie tätig gewesen ist, gegen seinen Willen mit der Leitung des Berufs- und Fachschulwesens betraut worden; der Stadtrat und die Gesamtervertretung des Stadtschulrats und seinen sonstigen Dezentralen im besonderen die Leitung des höheren Schulwesens erhalten. Wir fragen an, welche sachlichen Gründe haben diese Maßnahmen veranlaßt?“

Die Frankfurter Paffälshungszentralen.

Schwere Zuchthausstrafen für die Paffälshänger.

Paffälshungszentralen, die in größtem Eile von russischen Flüchtlingen betrieben wurden, beschäftigten das große Schöffengericht Mitte. Der Fall gehörte zu einem ganzen Komplex von Paffälshungszentralen, die gegenwärtig die Behörden in ganz Deutschland beschäftigen und in die mehr als 150 Beamte verwickelt sind. Auch die große Paffälshungssache bei der Paffälshung der Parteien spielt in die gegenwärtige Anklage hinein.

Der Sitz der Paffälshungszentrale war die Paffälshung in Frankfurt a. d. O. Dort war der Bureauarbeiter Emil Wehler beschäftigt, der inzwischen schon wegen passiver Beobachtung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. An ihn trafen russische Paffälshungszentralen heran und sehen sich von ihm solche Sichtvermerke, Einreiseerlaubnisbescheine und dergleichen beständig. Die russischen „Unternehmer“ wohnen in dem Fremdenheim der Frau Rosa Schlegler in der Neuen Königsr. 60 zu Berlin. Durch diese wurden sie nach Frankfurt a. d. O. verwiesen, wo Verwandte der Frau Schlegler wohnen. Wehler besteuerte zunächst in Einzelfällen die gemäßen Paffälshungszentralen und stempelte dann ohne jede Unterlage jeden gewünschten Paffälshungszentralen. Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte eine Schauspielerin Frau von Bionkowski, die den Beamten oblag umgibt. Aus den Bekanntheitskreisen des Ehepaars Bionkowski — der Ehemann Johann v. Bionkowski ist ein ehemaliger russischer Mittelmeister — hatten sich noch weitere Interessenten gefunden, die alle die Hilfe Wehlers in Anspruch nahmen. Anschließend handelte es sich um Hunderte von Paffälshungszentralen. Einen besonders großen Betrieb richtete sich der Händler Ignaz Rubinschik und der inzwischen entlassene Diplomingenieur Lunin sowie ebenfalls ein ständlich verfolgter Saule ein. Lunin und Rubinschik schickten wöchentlich mehrmals ihre russische Kontostellen mit ganzen Paketen von falschen Paffälshungszentralen zu Wehler hinüber. Als der Betrieb einen größeren Umfang annahm, kam Wehler selbst nach Berlin hinüber und brachte seine „Apparate“, nämlich die entsprechenden Formulare und Stempel, mit. In dem Fremdenheim der Frau Schlegler wurde das Geschäft am 1. Oktober eines Tages aber beim Wehler bedenklich. Sogleich trat der Mittelmeister von Bionkowski in Erscheinung und drohte mit Anzeige, wenn er nicht in seiner Tätigkeit fortfahre. Am Ende mußte es aber den Behörden auffallen, daß anscheinend in Frankfurt, einer Provinzstadt, eine Russenkolonie sei. Anfragen führten dann auch zur Aufdeckung des ganzen Betrugsmanövers. Wehler hatte sich nun wegen Amtsverbrechens zu verantworten. Es wurde ihm nachgewiesen und er war auch schuldig, für Rubinschik auch drei deutsche Pässe gefälscht zu haben.

Teilweise waren die Angeklagten geständig und suchten sich gegenseitig zu befreien. Staatsanwaltschaftsrat Richter bezeichnete die Straftaten der Angeklagten als äußerst gemeingefährlich, da durch diese Paffälshungszentralen die Kontrolle der Ausländer erschwert und die Staatssicherheit untergraben werde. Er beantragte Zuchthausstrafen. Nach sehr langer Beratung kam das Gericht, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Wochler, zu folgender Beurteilung: Wehler erhielt wegen Amtsverbrechens 1 Jahr

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 15. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—8.25 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Die Funkprinzessin erzählt schwedische Märchen der Gogonart: a) Der Butzorkel, Anna Wahlenberg. b) Die gefährliche Insel, Anna Wahlenberg. (Die Funkprinzessin: Adèle Prossler). 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Oberingenieurs H. J. Gramatik: „Der Liebhäberastronom, seine Leiden und Freuden“. 8.30 Uhr abends: Orchesterabend. Dirigent: Otto Urack, früher Kapellmeister an der Berliner Staatsoper. 1. Ouvertüre zur Oper „Die Vestalinnen“, Spontini. 2. Ballettmusik aus „Abanoeragen“, Cherubini. 3. Klarinettenkonzert, Mozart (Solist: Ernst Fischer, Soloklarinettist des Berl. Philharmonischen Orchesters). 4. Ballettmusik aus „Orpheus und Eurydike“, Gluck-Motet. 5. II. Rhapsodie, Liszt. 6. Meditation aus „Thais“, Massenet. 7. Fantasia aus der Oper „La Traviata“, Verdi. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

6 Monate Zuchthaus, unter Einbeziehung der bereits in Frankfurt wegen Bestechung erlanten zweijährigen Gefängnisstrafe sowie 100 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust. Frau von Bionkowski, die als treibende Kraft betrachtet wurde, erhielt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 100 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, der Mittelmeister v. Bionkowski 1 Jahr Zuchthaus, 100 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust. Rubinschik 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 200 M. Geldstrafe und 7 Jahre Ehrverlust, Frau Rosa Schlegler, Margarete Baeren und der Reisende Otto Binger, ein Verwandter der Frau Schlegler aus Frankfurt, erhielten 4 Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe; ein Neffe der Frau Schlegler, der Kaufmann Alfred Schlegler aus Frankfurt, wurde freigesprochen.

Der zweite Frauenwerbeabend.

Am zweiten Tage unserer Frauenwerbewoche sprachen die Referenten Genossinnen Klara Bohm-Schuch, Anna Geiger, Ella Seeger und Gertrud Hanna in den Schulaulen Plantagenstraße, in Baumshulendweg, Köpenick und Reinickendorf-Schönholz über das Thema: „Volksnot und Reichstag“. Von Herzen kamen diese Ausführungen, zu Herzen gingen sie — das fühlte man und man konnte das auch aus dem starken Beifall schließen, den die zahlreichen Zuhörerinnen zollten. Nicht in Form hochpolitischer Referate, sondern in einfachen, persönlich wirkenden Worten brachten die Rednerinnen den aufmerksam lauschenden Arbeiterfrauen Art und Zweck der zu leistenden Arbeit nahe. Versammlungen, wie die gefestigten, die durch Wiederarbeitungen sogar etwas feierlichen Charakter bekamen, helfen ein gutes Stück vorwärts. Die Rednerinnen führten folgendes aus:

Die Gegenwart erscheint schwerer als die Vergangenheit. Haben wir aber alles getan, um zu verhindern, daß sie so, wie sie ist, geworden ist? Die Frauen meinen, es sei gleichgültig, ob sie sich um Politik kümmern oder nicht; unbedacht näherten sie sich den extremen Parteien rechts und links, weil sie glaubten, die Sozialdemokratie hätte nichts zur allgemeinen Besserung getan. Die Kommunisten wollen erst einmal alles gründlich niederreißen, um aufzubauen. Noch mehr Zerstörung, als der Krieg schon gebracht hat? Haben die Frauen schon einmal beachtet, welche grauenvolles Los ihnen und ihren Kindern blühen müßte, wenn es nach dem Willen der Kommunisten ginge? Und der Kapitalismus, Hand in Hand mit den Deutschnationalen gehend, wollte bloß neues Gold für sich sammeln. Die Frauen haben ihre Macht nicht ausgenutzt. Doch es muß Schritt für Schritt vorwärts gehen im Staatsaufbau. Kostlose Arbeit und Hartnäckigkeit ist dazu notwendig. Die nationalsozialistischen Parteien wollten uns nur in die Zeit der Unterdrückung zurückbringen, sie müßten überwunden werden. Die Arbeiterfrauen dürfen einzig den Frieden wollen. Kriegspolitik ist in allen Ländern eine wirtschaftliche Angelegenheit des kapitalistischen Systems, dessen Erhaltung neuen Militarismus bedeutet. Der Sozialismus, das Schaffen aller für alle, ist das bessere Prinzip, das sich durchsetzen muß, welches Kriegsgeld zu verbieten. Die Verständigungspolitik der Sozialdemokratischen Partei hat recht behalten, aber die große Masse des Volkes hat am 4. Mai nicht hinter ihr gestanden. Nur durch Fortleitung dieser Politik kann Deutschland erstarben; wenn wir die heutigen Verhältnisse bessern wollen, kann es nur durch die Sozialdemokratische Partei geschehen. Deshalb sollen die Frauen für sie eintreten, die die Verantwortung vom einzelnen fordert. Die Idee der großen Menschengemeinschaft in verbrüdernder Liebe ist der Sozialismus, das Licht in dunklen Tagen, von dem sich alle Frauen durchstrahlen lassen sollten. Dann wird sich auch das äußere Leben bessern.

Brandenburger Frauenkonferenz.

Am Sonntag, den 12. Oktober, tagte im Landtag zu Berlin die Frauenkonferenz der Unterbezirke Osthavelland, Ruppiner, Nieder-Oberhavel, Teltow-Beeskow. Genosse Schmidt eröffnete die Konferenz und begrüßte die zahlreich erschienenen Delegierten. Als erster Referent sprach Genosse Wiffel über „Die Parteien im Kampfe mit der Reaktion“. Seit der Wahl am 4. Mai, welche den Deutschnationalen eine bedeutende Stärkung brachte, sind wir aus der Regierungstrife überhaupt noch nicht herausgekommen. Die Deutschnationalen versuchen mit aller Macht in die Regierung hineinzukommen. Der Redner schildert dann, wie das Dames-Abkommen zu Stande kam. Die Internationale Kommission, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches prüfte, setzte sich wie folgt fest: Staatsausgaben, Eisenbahn und Industrie können eine finanzielle Belastung tragen, da durch die Inflation die Schulden des Reiches, der Eisenbahn sowie der Industrie getilgt worden sind. Genosse Wiffel nahm dann Stellung zur Taktik der Partei bei Erweiterung der Koalition. Die Deutschnationalen erhofften eine glatte Ablehnung. Mit Herausgabe ihrer Richtlinien wollten sie die konfessionellen Gegensätze zwischen Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei verschärfen. Darauf zeigte der Referent der Versammlung, wie ein Bürgerblock aus dem Ausland wirken und schädliche Gefahren, die er für die Räumung der Röhrenzone und des Ruhrgebietes bringen würde. Schließlich kennzeichnet der Referent die üble Haltung der Kommunisten. Mit aufmunternden Worten wandte er sich zum Schluß an die Frauen und sagte ihnen, daß die Kapitulation von Frau zu Frau, mozu jede Gelegenheit hat, die beste und wirksamste ist.

Dann sprach Genossin Ruedel über „Die Stellung der Frau in der Republik“. In früheren Jahren war es immer nur eine kleine Schar von Frauen, die sich in der politischen Agitation betätigten. Alle Verordnungen und Schikanierungen — bestrafte man doch damals die Frauen sogar mit Gefängnisstrafen — konnten sie nicht entmutigen. Noch im Jahre 1918, als die Frauen den schweren Arbeitsdienst der Männer neben ihren Haushaltspflichten leisten mußten, lehnten die bürgerlichen Parteien die Forderung der Frauen auf Gewährung des Wahlrechts ab. Die Revolution brachte andere Verhältnisse, brachte den Frauen fast über Nacht das Wahlrecht. Die Frauen wurden gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Doch dieses Recht ist noch nicht ausgenutzt, hat, ist die Schuld der Frauen selbst. Deshalb fordert sie die Frauen auf, jetzt überall für die Sozialdemokratische Partei zu agitieren und bittet sie, auch den Mut aufzubringen, den Kommunisten entgegenzutreten. Sie verweist auf unsere Presse, auf die „Frauenwelt“, die Broschüren und Flugblätter, die ihnen Helfer bei der Agitation sein sollen.

Reicher Beifall lohnte beide Redner für ihre ausgezeichneten Ausführungen. Eine rege Aussprache der Genossinnen folgte. Nach kurzem Schlußwort der Referentin schloß Genossin Ratschke die gut verlaufene Konferenz mit der Mahnung an alle Teilnehmer, das Gehörte im Lande zu verbreiten und weiter im Dienst der Sozialdemokratischen Partei tätig zu sein.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Donnerstag, den 16. Okt., abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Gesangsraum der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, Übungsstunde.

Urb Seit Jahrzehnten als bester Schuhputz bekannt

TERPENTINÖLWARE
GROSSEN DOSEN 1 LITER 20 M.
UND IN MITTEL DOSEN 500 ML. 10 M.
ÜBERALL ERHÄLTlich

Hersteller: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Wirtschaft

Die Goldumstellung im Anilin-Konzern.

Nun hat auch der deutsche Farben- und Stützstoffkonzern, der sog. Anilin-Konzern, zur Frage der Umstellung der Bilanzen auf Gold Stellung genommen. Man war seit langem gespannt, wie der geschlossenste aller deutschen Unternehmungskomplexe die schwierige Frage der Goldumstellung beantworten würde. In den Börsenkurieren seit Wochen allerhand Gerüchte, und die Papiere der Interessengemeinschaft fanden ein besonderes Interesse. Nun ist der Schleier gelüftet worden: Das Aktienkapital der Stammunternehmungen des Anilin-Konzerns soll im Verhältnis von 5:1 zusammengelegt werden. Die Stammwerke der Interessengemeinschaft hatten das Kapital in dem verflochtenen Jahrzehnt sehr stark erhöht. Das Verhältnis des Friedenskapitals zu dem verlässlichen Papiermarkkapital dürfte aus nachstehender Zusammenstellung hervorgehen:

	1914	1924	Verhältnißlich nach d. Umstell.
Stammkapital in Millionen Mark			
Badische Anilin- und Sodafabrik	54	880	176
Farbenfabriken Bayer u. Co.	54	880	176
Höchst Farbwerke	50	880	176
L. & G. für Anilinfabrik Treptow	19,80	298	59,60
Chem. Fabrik Griesheim Elektr.	16	220	44
Chem. Fabrik Beller-ter-Reer	8	67,80	13,46
S. Cassella u. Co. G. m. b. H.	25	304,40	60,88
	226,80	3 629,70	705,94

Gegenüber dem Friedenskapital würde also das Stammkapital der Interessengemeinschaft in Gold ungefähr dreimal höher sein. Hierbei ist angenommen, daß das Gesellschaftskapital der Badische Anilin- und Sodafabrik, die eine G. m. b. H. ist und deren Gesellschaftsanteile sich in den Händen der übrigen Konzerngesellschaften befinden, in derselben Relation zusammengelegt wird. Des ferneren bestehen Vorzugsaktien, die seinerzeit zum Schutze gegen die Ueberfremdung geschaffen wurden. Diese wurden gegenseitig ausgetauscht. Wie die Zusammenlegung hier vor sich gehen soll, steht noch nicht fest.

Die Frage liegt nahe, ob das mit dreifacher Höhe dotierte Stammkapital gegenüber demjenigen der Friedenszeit das veränderte Wertverhältnis bei den betreffenden Werten widerspiegelt. Wir wagen das zu bezweifeln. Der Krieg hat auf die innere Ausgestaltung der Werke der Interessengemeinschaft ungeheuer eingewirkt. Die Anforderungen der Heeresleitung waren nur zu bewältigen, wenn die Produktionsmöglichkeiten gewaltig vermehrt wurden. Der Segen der Kriegsgewinne zeigte sich deshalb zunächst in Fabrikbauten und der technischen Verbesserung der Werke um. Hinzu traten Neuverordnungen aller Art. Diese Expansion setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Was aber besonders für die Wertvergrößerung der Interessengemeinschaft ins Gewicht fällt, ist der Zuwachs der Ammoniakwerke Wessertal-Opau. Diese Riesenwerke, die einzig in ihrer Art dastehen, wurden mit billigen Arbeitskräften unter Aufschub von Reichsmitteln errichtet. Der Goldwert dieser Werke dürfte ganz gewaltig sein, zudem sich in deren Besitz noch Gipswerke im Harz und in Württemberg befinden. Erwähnt werden muß auch noch die neugeschaffene Selbstversicherungsgesellschaft Balkas A. H. G.

Bei der Betrachtung des Anilin-Konzerns darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, daß die 7 Gesellschaften, die die Interessengemeinschaft bilden, eben nur Kopfgesellschaften sind, in deren Radius sich noch eine große Zahl von Tochtergesellschaften befinden. Wir erwähnen nur die Duisburger Kupferhütte, die Steinfabrikische Werke Victoria und die Zudersfabrik Körbisdorf. Das große Aktienpaket von Rheinisch-Westfälischer Anilin- und Soda-Fabrik, das sich im Portefeuille der einzelnen Gesellschaften sowie in dem der Interessengemeinschaft noch verschiedene Aktienposten befinden, die einen nicht geringen Wert repräsentieren dürften. Das Verhältnis zu den früheren ausländischen Tochtergesellschaften ist noch ungewiß. Desgleichen sind die namentlich in der letzten Zeit geführten Verhandlungen, mit den ausländischen Konkurrenzwerken in ein vertragliches Verhältnis zu kommen, noch in tiefem Dunkel gehüllt.

Bei Ueberlegung dieser Zusammenhänge muß man zur Erkenntnis kommen, daß der wirkliche Wertzuwachs der Interessengemeinschaft des letzten Jahrzehnts in dem verdreifachten Goldkapital gegenüber dem Stammkapital von 1914 nicht zum Ausdruck kommt. Nach dem Erscheinen der Geschäftsberichte wird noch näheres darüber zu sagen sein.

Zur Reichsfinanzpolitik.

Ein wertvoller Beitrag zur Kritik der deutschen Finanzpolitik ist soeben im Verlag der „Schwäbischen Logenzeitung“ erschienen. Die Schrift trägt den Titel „10 Jahre deutscher Finanzpolitik. Kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie“. Von Josef Hirn. Preis 1,80 M.

Die Darstellung der deutschen Finanzpolitik in dem 175 Seiten fassenden Buch ist mehr als eine kritische Würdigung, sie ist zugleich ein ausgezeichnetes Lehrbuch für alle Genossen, die Interesse für die deutsche Wirtschaftspolitik der jüngsten Vergangenheit und die augenblicklichen steuerlichen Probleme besitzen. Der Verfasser geht aus von einer Kritik der ungerechten Belastung, die der Staat schon im Frieden aufwies, zeigt dann die völlig verfehlte Antiehepolitik eines Helfereich während des Krieges, die die Reichsschuld laminarartig anwachsen ließ. Während England seine Ausgaben in der Kriegszeit durch Steuern bestritt, verließen sich die bürgerlichen Finanzpolitiker bei uns darauf, daß die Gegner „das Bleigewicht der Milliarden durch die Jahrzehnte ein schleppen werden“. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges trat die Sozialdemokratie für starke Belastung des Befähigten und der großen Einkommen ein, die die fluchtartigen Kapitalflüsse durch die „Selbsterschöpfung“ zu zunichte machten. Statt dessen druckte das Reich Noten, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten zu können, und verschlimmerte die Inflation, die ein bürgerlicher Nationalökonom, Adolf Wagner, als „Raub und Betrug“ bezeichnet. Einer der ersten, der unter dem mächtigen Kerger der Rechten, insbesondere Helfereich, die Erschöpfung der Goldwerte verlangte, war der Reichswirtschaftsminister Schmidt. Bei einem Dollarstand von 50, im Juni 1921, trat also die Sozialdemokratie für eine Abgabe aus der Substanz ein, während Stresemann dieselbe Forderung erst mehr als zwei Jahre später bei einem Dollarstande von einer Million aufstellte, nachdem seine Freunde sie vorher erbittert bekämpft hatten! In der ganzen Zeit nach der Ermordung Rathenaus bis zur Schaffung der Rentenmark bildete dann, wie der Verfasser mit einer Fülle von Material beweist, die Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten die Hauptquelle der staatlichen Einnahmen. Als nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft durch die wahnwitzige Notenerhöhung zugrunde zu gehen drohten, wurde die Finanzreform und Wertberichtigung unseres Geldes von Hilferding geschaffen, was mit Belegen der „Völkischen Zeitung“ und des Privatsekretärs von Stresemann (Henry Bernhard) bewiesen wird. Die folgenden Finanzminister haben dann das ausgeführt, was Hilferding vorbereitet hatte. Zum Schluß gibt der Verfasser eine sehr instruktive Darstellung der

legten Steuernotverordnung und des Dawes-Guthartens sowie die Stellung der Partei zu der jetzigen Finanzpolitik. Im ganzen genommen: ein leicht faßliches, lehrreiches Werk, dessen Lektüre Bereicherung der Kenntnisse und Material zur Agitation bietet.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen. Die Stadt Würzen hat die Mitgliedschaft bei der Konsum- und Spargenossenschaft für Würzen und Umgegend erworben. — Die Stadt Calbe hatte bereits vor längerer Zeit die Mitgliedschaft bei der Konsum- und Spargenossenschaft für Calbe (Saale) und Umgegend. Des würt die Händlerschaft sehr. Entsprechend einer durch ihre Organisationen ausgegebenen Parole ließ sie deshalb durch einzelne befreundete Stadtorde in der Kollegien Sitzung den Antrag auf sofortige Kündigung der Mitgliedschaft stellen. Die Mehrheit der Stadtorde war jedoch vernünftig genug, zu solcher Schädigung der städtischen Interessen nicht die Hand zu bieten; der Antrag wurde abgelehnt. Begründer des Antrages waren der Inhaber eines Haushaltswarengeschäfts, eines Pelzwarengeschäfts und ein Schneidermeister. Der Verein hat die Gelegenheit wahrgenommen, um eine wirkungsvolle Propaganda zu entfalten, bei der das Treiben der Händlerschaft und die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft, die bald 60 Jahre segensreich wirkt, ins rechte Licht gerückt werden.

Zur Umbildung des Reichsbanddirektoriums. Die durch das Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes bedingte Neubildung des Reichsbanddirektoriums ist in der Weise erfolgt, daß auf Grund des Paragraphen sechs des Bankgesetzes die bisherigen Mitglieder zu Mitgliedern des Reichsbanddirektoriums ernannt wurden, mit Ausnahme des mit Rücksicht auf die vorgesehene Altersgrenze ausgeschiedenen bisherigen Vizepräsidenten von Glasenapp. An Stelle des letzteren wurde Geheimrat Kauffmann zum Vizepräsidenten ernannt.

Der deutsche Landwirtschaftsrat tritt am 23. und 24. Oktober in Berlin zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate des Grafen Schiering-Cammerau und Dr. Müller-Bonn über das Thema „Landwirtschaft und Handelspolitik“. Weiter werden die Reichsversicherungs-gesetzgebung und die Reichssteuer-gesetzgebung behandelt werden.

Folgen kommunistischer Zerplitterungsjud in Genossenschaftswesen. Am 6. Juni 1920 gründeten 28 Leute in Freiburg (Breisgau) die „Internationale Arbeiter-Produktiv- und Konsumgenossenschaft, Zentrale Südbreisgau (Breisgau)“. Man befand sich die Absicht, den internationalen Wettbewerb der Industrie in gebundener Bahn zu lenken. In mehreren Versammlungen dieser kommunistischen Genossenschaftler hoben die wirklichen Freiburger Genossenschaftler dringend vor dieser Gründung gewarnt. Am 20. September d. J. mußte man in Freiburg das Sterbegeldlein für diese kommunistische Genossenschaft tätigen, sie hat an diesem Tage den Konkurs erklärt. Sechs Tage vorher hatte der Aufsichtsrat dieser Genossenschaft einstimmig eine Verschmelzung mit dem Lebensbedürfnis- und Produktionsverein Freiburg (Breisgau) beschlossen, was diese Genossenschaft jedoch nach Prüfung der Sachlage ablehnte, da sie nicht die Schulden anderer bezahlen wollte, an deren Adresse sie vorher ausreichend eindringliche Warnungen hatte ergeben lassen. Damit ist wieder eines jener Gebilde aus der deutschen Genossenschaftsbewegung verschwunden, von denen es noch zu viele gibt und unter denen die Genossenschaften leiden. Die Arbeiterschaft, auf die es diesmal ganz besonders abgesehen war, sollte endlich einsehen lernen, daß man mit Radikalismus und faktischer Untätigkeit niemals in der Wirtschaft vorwärts kommt. Nach Schätzungen wird dieser Konkurs jedem Mitglied auf etwa 45 bis 50 M. zu stehen kommen, 1700 arme Familien sind materiell schwer geschädigt worden.

Italienische Freihändler für Erleichterung der deutschen Warenexporte nach Italien. Die Vereinigung der italienischen Freihändler betont in einer soeben angenommenen Entschließung die Bedeutung des deutschen Marktes für die italienische Agrarpolitik. Der deutsche Markt sei das größte und wichtigste Abgabebiet für Italien und um sich diesen Markt zu sichern, müsse die italienische Regierung Konzessionen für die Einfuhr von deutschen Fertigfabrikaten machen, insbesondere auf dem Gebiete der chemischen und der Schwerindustrie. Gegen einer solchen vernünftigen Verständigung seien nur gewisse italienische Industrielle, die durch den jetzigen Generaltarif allzu sehr bevorzugt worden seien.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	15,50—24,30	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengraupen, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	21,00—22,50	Tee, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Hafergrütze, lose	28,50—22,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 0/1	20,00—21,50	Inlandszucker basis mel.	37,50—40,00
Weizenmehl	21,50—24,26	Inlandszucker Raffinade	—
Hartweizen	25,02—26,75	Zucker Würfel	43,00—46,00
70% Weizenmehl	19,25—21,00	Kunsthonig	39,90—42,00
Weizen-Auszugmehl	21,25—28,00	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—24,16	Speisesirup dunk. in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, Teri	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	25,00—32,75	Pflaumenmus in Eimern	43,00—
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—37,50	Siedesalz in Säcken	3,70—4,20
Linsen, große	37,50—51,00	—	4,40—5,00
Kartoffelmehl	17,75—19,50	—	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—49,00	Bratenschmalz in Tierces	95,50—96,50
Makkaronimehl	38,00—39,00	Bratenschmalz in Klößen	95,50—97,00
Schnittlauch, lose	24,00—28,00	Purelard in Tierces	91,50—93,00
Bruchreis	17,50—18,00	Purelard in Kisten	94,00—95,00
Rangpoo Reis	19,00—20,00	Speisetalg in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—32,00	Speisetalg in Kübeln	—
Tafelreis, Java	32,75—39,00	Margarine, Handelsm. I. degl. II.	66,00—
Ringapfel, amerik.	85,00—90,00	Margarine, Spezialm. I.	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—43,00	deg. II.	69,00—71,00
Pflaumen, entsteint	54,00—61,50	Molkereibutter Ia I. Pack.	216,00—220,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter I. Pack.	221,00—227,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	185,00—192,00
Sultaninen Charburnu	75,00—90,00	Molkereibutter I. Pack.	200,00—200,00
Korinthinen, choke	70,00—75,00	Austlandbutter in Fassern	228,00—237,0
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Corned beef 126 lbs p. K.	35,00—42,00
Mandeln, bittere Bari	175,00—185,00	Aust. Speck, geräuchert	103,00—104,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Quadratkäse	45,00—55,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Tiister Käse, vollfett	112,00—123,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	198,00—113,00	Bayr. Emmenthaaler	160,00—170,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Echter Emmenthaaler	175,00—185,00
Rohkaffee Brasil	195,00—230,00	Aus. ungeruck. Condensmilch 48/16	30,50—22,25
Rohkaffee Zentralamerika	238,00—295,00	Inländische degl. 48/12	16,50—19,25
Rohkaffee Brasil	240,00—290,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	25,00—26,00
Rohkaffee Zentralam.	310,00—375,00		
Röstgetreide, lose	20,00—21,00		

Seit heute beginnt unter Abteilungsführer Genosse Hermann Cich mit seiner Ehefrau das Fest der Silberhochzeit. Anlässlich dieser Feier dreht sich die 23. Abteilung, dem Silberpaar die herzlichsten Glückwünsche, auch für deren Wohlleben darzubringen.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel. Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zabeher, Stahlmatt, an Private, Besondere Bedingungen. Katalog 30A frei. Sisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Immi Tropfen!

Kaol sind das Geheimnis.

Dauerglanz auf Metallen zu erzeugen. Kein Putzwasser, sondern Öl-Politur! Überall zu haben!

Immer frisch. Überall erhältlich. Preis pro 1/2 Pfd. nur 50 Pfennig.



Rahma
MARGARINE
buttergleich

Letzte höchste Errungenschaft. Vollständige Umwälzung der Margarinefabrikation. Die beste Sparhilfe im Haushalt. Von feinsten Molkereibutter nicht zu unterscheiden.

Man verange beim Einkauf von „Rahma buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“

Vor neuen Entscheidungen.

Von Rinna Todenhagen.

Aus allen Kreisen des deutschen Volkes, die vorwärts und aufwärts wollen, erschallt der Ruf nach Auflösung des deutschen Reichstages.

Wie wohlthuend wirkt der schnelle Entschluß der englischen Regierung, das Parlament aufzulösen, gegenüber dem Hin- und Herlavieren der deutschen Regierung.

„Politik ist die Kunst des Möglichen“. Dieses oft mißbrauchte Wort scheint eine Ummünzung auf Kunst des Unmöglichen erfahren zu sollen.

Zwischen beiden Parteien steht eine Anzahl bürgerlicher „Parteien der Mitte“, die in teils sehr naher, teils etwas abgestufter Geistesverwandtschaft zu den Deutschnationalen stehen.

Mit der Liquidierung des verlorenen Krieges muß sich das deutsche Volk auseinandersetzen. Es kommt aber auf das Wie an.

Es ist gefährlich, mit dem System der Vergangenheit den materiellen Inhalt der Vergangenheit in eine Linie zu setzen.

Die in Frankreich und England eingetretene Stärkung der Sozialdemokratie hatte die Aufrollung der Erfüllungsfrage nach neuen Gesichtspunkten, die den wirtschaftlichen Kräften des deutschen Volkes gerechter werden wollen, im Gefolge.

Schon spielt in der Formulierung ihrer Ziele bei der Deutschnationalen Partei „die christliche Religion“ wieder eine Rolle.

Wenn wir uns in diesen Wochen erneut an die Frauen wenden, so nicht allein, um sie auf die bevorstehende neue Entscheidung für eine politische Partei als Wählerin vorzubereiten, sondern auch, um sie zu gewinnen als tätiges Mitglied für eine Bewegung, die Ideale nicht vortäuscht, sondern Ideale verwirklichen will.

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, auszubenten. Daran hindert sie keine christliche Nächstenliebe. Sie ist die Ursache der Zerstörung aller sittlichen Werte.

Die Rechtsparteien wissen wohl, was sie tun, wenn sie trampftätig bemüht sind, in der Nacht zu bleiben. Sie müssen,

Deutschnationaler Szenenwechsel.



Einst beteten sie zu Wotan und Thor,



Jetzt singen sie christliche Lieder im Chor.

daß die Erfahrungen, die jetzt die getäuschten Wähler und Wählerinnen mit ihnen machen, sich bei den nächsten Wahlen auswirken werden.

Dem sozialistischen Einfluß zu verdanken sind: innenpolitisch wertvolle Ansätze für Mutter- und Kindererziehung, unendlich viel ist aber noch zu tun für die rechtliche und kulturelle Hebung der Frau.

Die Rechtslage von Mutter und Kind ist noch nicht mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang gebracht. Das uneheliche Kind ist immer noch minderen Rechts.

für die Einzelfragen und das gilt für die großen zwischen den Völkern liegenden Fragen.

Sozialdemokraten in England, Frankreich, Dänemark, Schweden — zu einer einflussreichen Macht aufgestiegen — haben in wenigen Wochen dem Völkerleben durch Völkerverständigung im Völkerbund die ersten realen Grundlagen gegeben.

Volkspartei und Gemeindepolitik

Programmlösigkeit und Durcheinander.

Am 11. und 12. Oktober tagte in Berlin eine kommunalpolitische Konferenz der Deutschen Volkspartei. Wenngleich diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit keine große Bedeutung gefunden haben, so ist es doch für die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker von Bedeutung, sich über die Vorgänge im Lager der bürgerlichen Parteien zu orientieren.

Cliquen und Wirtschaftsinteressen beherrscht wird und infolgedessen die „Bürgerblöcke“ und die Interessensvertretungen einzelner Wirtschaftsgruppen an der Tagesordnung sind, so ist eine starke ideologische Beeinflussung durch die großen zentralen Parteien in der Kommunalpolitik beim Bürgertum viel schwieriger als etwa beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie.

Auf der Tagung der Volkspartei kommt das schon in dem verhältnismäßig schwachen Besuch zum Ausdruck. Im ganzen waren 150 Vertreter aus 72 Städten erschienen, was zweifellos als ein geringer Besuch bezeichnet werden muß. Noch viel stärker äußert sich die Zersplittertheit in der Programmlosigkeit und in dem Durcheinander der Beratungen. Der Hauptreferent, der preussische Landtagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete v. Egnern, tröstet sich in seinem Schlusswort angesichts des Durcheinanders, das in allen wichtigen Fragen zu beachten war, damit, daß die Volksparteier „als liberale Männer die Ansichten achten und voneinander zu lernen suchen“. So ergab sich denn auf der Tagung, daß keine Einmütigkeit über die wichtige Frage der Stadt- und Gemeindeverfassung, keine Einmütigkeit über die Vereinheitlichung des Städterechts, für die besonders der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Blüher eintrat, zu erzielen war. Bezeichnend für den volksparteilichen Geist war das programmatische Bedauern des Herrn v. Egnern, daß die Revolutionsgesetzgebung mit allen alten Traditionen ausgeräumt habe, daß jetzt nicht mehr der „Bürger“, sondern Hintz und Kunz zur Gemeindegewahl berechtigt sei. Scharf halten die Volksparteier an der übertragenden Stellung der Bürgermeister sowohl in der Magistrats- wie in der Bürgermeistereiverfassung fest. Sie wollen unter keinen Umständen etwa nach dem Vorbild des Bayerischen Städterechts oder gar nach dem noch viel schlimmeren sächsischen und thüringischen Muster irgend einen Schritt auf dem Wege des Einkörpersystems tun. Das Problem der Selbstverwaltung wird durch den Hauptreferenten v. Egnern geistreich dadurch erledigt, daß er erklärt: „Die Selbstverwaltung gehört nicht zu den Problemen, die er behandeln sollte, denn sie sei kein Problem, sondern ein Axiom, ein naturgewachsenes Erzeugnis des deutschen Bodens.“

Mit welcher grotesken Einseitigkeit und parteipolitischen Verzerrung manche Dinge dort von wissenschaftlich „führenden“ Männern behandelt wurden, zeigt ein Satz aus dem Referat des früheren Oberbürgermeisters Dr. Rost. Nach dem Kriege sei der Gesichtspunkt einer zielbewußten Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden völlig in den Hintergrund getreten: „Der gesunde Gedanke der Gemeindebetriebe wurde in einer Art Kommunalisierungsstauung in Extremem gesteigert. Die Erzbürgerliche Steuerreform brach der finanziellen Selbstverantwortung der Gemeinden das Rückgrat. Zuständig für die Wirtschaft am meisten drückenden Steuern (insbesondere Gewerbesteuern) wurden die Gemeindevertretungen, deren Mitglieder nur zum verschwindenden Teil daran zahlend beteiligt waren. Eine ausgesprochene Konsumentenpolitik griff Blag entsprechend der auch sonst die Nachkriegszeit zunächst beherrschenden Fehler unzulässiger Vermischung von Wirtschaft und Sozialpolitik.“

In solch verschwommener und auch offenkundig einseitiger Weise behandeln auf dieser Tagung führende Kommunalpolitiker die wichtigen Probleme der weiteren Entwicklung. Kein Wunder, daß in der Volkspartei wie in allen anderen bürgerlichen Parteien immer wieder Gegensätze zwischen den eigentlichen Parteipolitikern und den am Ausflühen der Gemeindegewirtschaft interessierten Elementen sich bemerkbar macht. Die offizielle Politik der Volkspartei läßt sich am besten als Politik des Bremsblocks bezeichnen. Die Volksparteier als typische Kapitalistenpartei wünschen keine Erweiterung des Arbeitsgebietes der Gemeinden. Daß die Gemeinden gewisse Betriebe zu bewirtschaften haben, kann man heute leider nicht mehr gut leugnen. Alles, was darüber ist, erscheint ihnen aber vom Uebel. In der Volkspartei und in dem sich um sie kristallisierenden Bürgerblockgebilde wird die Sozialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiet ihren eigentlichen Gegner zu bekämpfen haben. Die Schaffung eines kommunalpolitischen Organs der Volkspartei, die auf der Berliner Tagung beschlossen wurde, wird uns Sozialdemokraten den Kampf mit diesem Gegner sicher nicht erschweren.

Öffentl. Frauen-Kundgebungen!

Tagesordnung:

Vollksnot und Reichstag.

Heute, Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7 Uhr:

Berlin-Charlottenburg, Aula der Schule Wiebestraße, Eingang Neues Ufer, Ecke Kaiserin-Augusta-Allee. Referentin: Klara Bohm-Schuch.

Berlin-Wilmersdorf, Aula des Bismarck-Gymnasiums, Pfalzburger Str. 30/31 (nicht Realschule am Seepark). Referentin: Adele Schreiber-Krieger.

Berlin-Neukölln, Kaiser-Friedrich-Gymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße (nicht Schulaula Boddinstr.). Referentin: Marie Kunert.

Berlin-Niederhohenschöneweide, Schulaula Berliner Str. 31. Referentin: Lisbeth Riedger.

Berlin-Prenzlauer Berg, Redigenheim Pappelallee 15. Referentin: Hildegard Wegscheider-Fiegler.

Berlin-Friedrichshain, Schulaula Vitauer Str. 18. Referentin: Mathilde Wurm.

Die Versammlung des 6. Kreises Kreuzberg (40. u. 41. Wfl.) findet nicht am 16. Oktober, sondern am 23. Oktober statt.

Berlin-Westen, Schulaula Winterfeldtstraße. Referentin: Minna Todenhagen.

Morgen, Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr:

Berlin-Tiergarten, Arminiushallen, Bremer Straße. Referentin: Marie Kunert.

Berlin-Prenzlauer Berg, Lyzeum Greifswalder Str. 25. Referentin: Minna Todenhagen.

Berlin-Schöneberg, Hohenzollern-Schule Belziger Straße. Referentin: Klara Bohm-Schuch.

Berlin-Lichtenberg, Knabenmittelschule Martiststraße. Referentin: Anna Geyer.

Berlin-Biesdorf bei Porath, Marzahnstr. 31. Referentin: Gertrud Hanna.

Berlin-Weißensee, Gesangsraum des Realgymnasiums Boelck-Promenade. Referentin: Luise Kähler.

Berlin-Pankow, Schule Brunow-Straße. Referentin: Lisbeth Riedger.

Bezirksverband der S.P.D.

Spritschiebungen

... und wie sie möglich wurden.

Lebhaftes Aufsehen erregten Nachrichten, die durch die ganze Presse gingen, über gewisse Vorgänge und Zustände in der Spirituosenindustrie. Was sich da abgespielt hat, ergibt das Bild eines beispiellosen Spritschieber- und Korruptionsstandals. Im Mittelpunkt der Schiebungen steht der jetzt von der Polizei gesuchte „Kaufmann“ Hermann Weber, der es innerhalb weniger Jahre vom kleinen Mann zum Inflationsgewinner größten Stils brachte.

In der Nachkriegszeit wurde bekanntlich das Branntweinmonopol geschaffen. Die amtliche Stelle, die sich mit der Bewirtschaftung des monopolisierten Branntweins befaßt, ist das Monopolamt.

Die innerbetrieblichen Mängel, die im Aufbau dieser Amtsstelle ihre Ursachen haben, interessierten vorerst weniger, für die Öffentlichkeit sind lediglich die zu Tage tretenden Auswirkungen von Belang, welche sich aus Verfügungen und Maßnahmen dieser Behörde ergeben haben. Die Tätigkeit des Monopolamts erstreckt sich bereits über eine Reihe von Jahren. Das Ergebnis kann an Hand der vorliegenden Tatsachen nicht anders als unzulänglich im Interesse des Reichsstatus bezeichnet werden. Dabei ist allerdings ein erheblicher Teil des Mißerfolges auf die Inflation zurückzuführen.

Auf die einzelnen, bisher betanngewordenen, der strafrechtlichen Verfolgung bereits unterliegenden Spritschieberaffären einzugehen, dürfte sich erübrigen, um der Justiz nicht vorzugreifen. Von grundlegender Bedeutung ist es dahingegen einmal festzustellen und aufzuklären, wie es zu dieser unglücklichen Entwicklung der Dinge überhaupt hat kommen können, durch die das Reich im Verlaufe der Jahre zweifelhafte um Hunderte von Goldmillionen geschädigt werden konnte.

Bekanntlich gibt das Monopolamt Branntwein zu verschiedenen Preisen ab. Die Getränkeindustrie zahlt den regulären

Verkaufspreis für die Heilmittelfabriken gilt der sogenannte besondere ermäßigte Verkaufspreis. Für die Parfümeriefabrikation gibt es einen dritten, den sogenannten allgem. ermäßigten Verkaufspreis. Die Preise der letzten beiden Gruppen betragen nur Bruchteile des regulären Verkaufspreises. Es bedarf keines besonderen Beweises, daß die bedeutende Preisspanne, die in den für die verschiedenen Verbrauchergruppen festgesetzten Verkaufspreisen gegeneinander liegt, den Anreiz dazu bot, durch Spritschiebung des Branntweins hinterherum an die Getränkeindustrie, im Handumdrehen müßeloses Riesenerlöse von Hunderten von Prozenten einzuheimen. Es gab, so wird uns von ununterrichteter Seite gesagt, keinen Fachmann, dem diese Verhältnisse nicht bekannt gewesen wären und der sie nicht stillschweigend zu seinem Vorteil ausgenutzt hätte.

In welchem Ausmaße sich dabei die Verdienste der Spritschieber bewegten, erhellt am besten aus einem Beispiel des traurigen Inflationsjahres 1923. Der Preis für 1 Liter 96prozentigen reinen Alkohol betrug für die verschiedenen Verbrauchergruppen zur Herstellung von:

	I.	II.	III.
Heilmitteln	20 000 Pap.-M.	40 000 Pap.-M.	140 000 Pap.-M.
Parfümerien			
Getränken			
ab Lieferstelle des Monopolamts.			

Der Heilmittelfabrikant, der seine Ware einfach an die Gruppe III verschob, konnte von einem Tag zum anderen siebenfaches Geld verdienen. Der Parfümeriefabrikant sogar leider „nur“ dreieinhalbfares Geld. Für enormen Bedarf der Getränkeindustrie sorgte das Monopolamt durch seine willkürlichen Spritsperren. Für die Spritschieber entfiel gewissermaßen jedes Risiko, denn die Abnehmer leisteten häufig für sie sogar im Vorschuhwege die Zahlungen an die Kasse des Monopolamts, nur um überhaupt Branntwein zu erhalten. In Zeiten großer Spritknappheit erhielten sie auch höhere Preise bezahlt, als vom Monopolamt für die Getränkeindustrie selbst festgesetzt waren. Am 15. August 1923 schnellte der Preis für die Getränkeindustrie pro Liter von 20 000 M. auf 2520 000 M. herauf. Die Schieber, die von oben her immer guten Wind hatten — sie waren stets tagelang vorher über die zu erwartenden Preismahnahmen aufgeklärt — hatten nur nötig, sich vorher mit genügend großen Mengen einzudecken, die sie eigentümlicherweise auch erhielten, und die Ware bis zur nächsten Preissteigerung, in diesem Falle also dem 15. August 1923, lagern zu lassen. Abzüglich des Einstandspreises von 20 000 M. war demnach der Verdienst an einem einzigen Liter Branntwein reinen Alkohols netto 2 500 000 M. — Nach dem Dollarindeg betrug der Wert einer Goldmark nämlich:

am 19. 7. 23	51 905 Pap.-M.
gegen	15. 8. 23
	642 857

Die Papiermark war inzwischen also weiterhin auf ein Zwölftel ihres Wertes vom 19. Juli 1923 gesunken. In anderen Worten, 20 000 M. hatten ihre Kaufkraft bis auf circa 1750 M. eingebüßt, waren also um elf Zwölftel weiterhin entwertet. Derjenige, der zu Schieberzwecken jedoch für seine 20 000 M. 1 Liter Branntwein vom Monopolamt gekauft hatte, machte diese Geldentwertung nicht nur nicht mit, sondern er vermehrte innerhalb dieses kurzen Zeitraums seine Substanz dadurch noch, da er für den Branntwein kaum 40 Goldpfennige eingezahlt hatte, aber dann Ware im Werte von fast 4 Goldmark besaß! Also nicht nur kein Verlust der Kaufkraft, den jeder Papiermarkbesitzer erleiden mußte, sondern einen Vermögenzuwachs in Gold um das Zehnfache! Das ist selbst für die Verhältnisse der Inflationszeit ein nicht alltäglicher Verdienst! Daß solche Möglichkeiten einen Anreiz für die Schieber boten, sich Riesenerlöse hinzulegen und dem Monopolamt die sich von Tag zu Tag entwertende Papiermark aufzuhalten, liegt in der Natur der Sache. Das Schiebergeschäft blühte demzufolge demassen, daß es schließlich nur noch kostung- und Moqanweise abgewickelt werden konnte. Es gab eine Reihe von Großschieberfirmen, die beim Monopolamt glanzvoll angeschrieben waren. Ihrer Entwicklung stand überhaupt kein Hindernis entgegen. Es bleibt ein Buch mit sieben Siegeln, wie diese Großverdiener ihren sich immer weiter steigenden riesigen Bedarf von Monat zu Monat nachzuweilen vermochten? Interessant ist hierbei, daß verschiedene der Großschieber tatsächlich überhaupt keinen Betrieb oder nennenswerte Fabrikation hatten und keinen einzigen wirklichen Arbeiter beschäftigten. Trotzdem erreichten sie Bezugsmengen, die jährlich Hunderttausende, ja sogar Millionen Liter betragen. Nach einem allen Sprichwort ist der Hehler schlimmer als der Stehler, in diesem Falle trifft die Hauptschuld natürlich die Getränkeindustrie. Allerdings muß zugegeben werden, daß diese durch die dauernden willkürlichen Spritsperren und Beschränkungen der Kontingente zum völligen Erliegen gekommen wäre. In ihrer Retz griff sie zu dem rettenden Strohhalm, der sich ihr im Scheiternhandel eröffnete.

Das Monopolamt hätte die Tragweite seiner Verfügungen erkennen müssen. Es bleibt ein Rätsel, daß es angesichts der Tatsachen, die im Rückgang der direkten Bestellungen von der Getränkeindustrie liegen, sich nicht rechtzeitig dazu aufraffen konnte, umfassende energische Abhilfe zu treffen. Es dürfte

Besonders günstiges

Hosen-Angebot



Blaue Arbeitshosen, grobes Gewebe	2 ²⁵
Pilothosen, schwarz und grau gestreift, sehr haltbar . . .	4.—
Breeches-Hosen, grau melierter Stoff mit schwarzen Nadelstreifen	4 ⁵⁰
Bukskin, schwarzer Grund mit weißen schmalen Streifen, großes dickfädiges Gewebe	4 ⁷⁵
Satinirtes Gewebe, schwarzer Grund mit grauen schmalen Streifen, mit Gefäßtasche	7 ²⁵
Farbe: grauer Grund mit schwarzen Streifen, mit Gefäßtasche	8 ⁵⁰
Schwarze Hosen, besonders geeignet für Eisenbahner und andere Beamte	10 ⁵⁰
Kammgarnartiges Gewebe, grauer Grund mit schwarzen Streifen, an die sich ein kaum sichtbarer weiß. Nadelstreifen anschließt; mit Gefäßtasche	11 ²⁵
Manchester-Hosen, schmal gerippt, in brauner Farbe	12 ⁵⁰
Manchester-Breecheshosen, schmalgerippt, in grauer Farbe	12 ⁵⁰
Kottbusser Fabrikat, elfenbeiner Stoff, graumelierte Grundfarbe mit schwarzen Streifen, Gefäßtasche	13.—
Gewebe: Kammgarn-Cheviot-Charakter, in verschiedenen geschmackvollen Streifen mit dunkl. Grande, teilw. von breiten weiß. Streifen unterbrochen, teilweise gleichmäßig a. dunkl. Grande melierte Streifen; Gefäßtasche	14.—
Aachener Qualität auf schwarz., grauem oder dunkelgrauem Grunde in schmalen od. Einheitsstreifen od. breiten Doppelstreifen, in moderner Abtönung; Gefäßtasche	22 ⁵⁰

BAER SOHN A.-G.

EIGENE KLEIDERWERKE

nur Chausseestraße 29-30.



Die letzte Ernte feiner Orienttabake

ist qualitativ sehr gut ausgefallen. Durch unsere eigene, schon seit vielen Jahren bestehende Einkaufs-Organisation im Orient haben wir uns große Mengen der besten Lagen in hervorragender Sortierung gesichert.

Unser alter Grundsatz:

„Nur gesunde, beste und gutausgewählte Rohstoffe“

ist auch fürderhin das Leitmotiv unserer Fabrikation.

G. ZUBAN MÜNCHEN
Größte süddeutsche Zigarettenfabrik

